

## **Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2018–2022**

### **21. Sitzung vom 3. Juni 2020, 19.00 Uhr**

#### **Sportanlage Tüfi, Tüfistrasse 16, Adliswil**

---

Anwesend	Sebastian Huber	Präsident
	Sait Acar	Daniela Morf
	Vera Bach	Kannathasan Muthuthamby
	Harry Baldegger	Stefan Neubert
	Angela Broggini	Marianne Oswald
	Reto Buchmann	Martin Rüttimann
	Hanspeter Clesle	Patrick Sager
	Bernie Corrodi	Simon Schanz
	Xhelajdin Etemi	Daniel Schneider
	Daniel Frei	Mario Senn
	Silvia Helbling	Angelika Sulser
	Thomas Iseli	Urs Weyermann
	Renato Jacomet	Katharina Willimann
	Urs Künzler	Anke Würli
	Erwin Lauper	Keith Wyss
	Wolfgang Liedtke	Walter Uebersax
	Gabriel Mäder	Esen Yilmaz
	Heinz Melliger	
Abwesend	Pascal Engel	
	Martin Koller	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Irina Künzle	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen

Renato Günthardt	Soziales
Felix Keller	Bau und Planung
Susy Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend	-/-
----------	-----

Stadtschreiber	Thomas Winkelmann
----------------	-------------------

## Traktanden

1. **Mitteilungen**
2. **Ausserordentliche Fragestunde**
3. **Planung und Realisierung eines Gemeinschaftszentrums (GGR-Nr. 2020-157)**  
Postulat von Angelika Sulser (SP), Esen Yilmaz (SP), Walter Uebersax (CVP), Angela Broggini (GP), Gabriel Mäder (GLP) und Bernie Corrodi (FW) vom 6. Januar 2020
4. **Jahresrechnung 2019 (GGR-Nr. 2020-173)**  
Antrag des Stadtrats vom 27. März 2020 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 18. Mai 2020
5. **Geplante Verkehrsentwicklung (GGR-Nr. 2019-122)**  
Interpellation von Stefan Neubert (GLP), Harry Baldegger (FW), Anke Würli (CVP), Gabriel Mäder (GLP), Heinz Melliger (FW) und Walter Uebersax (CVP) vom 2. Oktober 2019
6. **Grundstückverzeichnis (GGR-Nr. 2019-143)**  
Interpellation von Bernie Corrodi (FW), Daniel Frei (FW), Heinz Melliger (FW) und Harry Baldegger (FW) vom 6. November 2019

## **Eröffnung der Sitzung**

### **Ratspräsident Sebastian Huber**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 21. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2018–2022.

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich beantrage Ihnen das Traktandum 4, Postulat von Angelika Sulser (SP) betr. Planung und Realisierung eines Gemeinschaftszentrums (GGR-Nr. 2020-157) vor der Jahresrechnung 2019 zu behandeln. Dies auf persönlichen Wunsch von Angelika Sulser (SP).

Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall, wir haben deshalb so beschlossen.

Gibt es von Ihnen Anpassungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie die Traktandenliste genehmigt und wir fahren fort.

## **1. Mitteilungen**

### **Entschuldigungen**

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats zwei Entschuldigungen vor. Es sind somit 34 Ratsmitglieder anwesend. Der Stadtrat ist vollzählig.

### **Gratulation**

An der Kantonsratssitzung vom 11. Mai 2020 wurde unser Ratsmitglied Patrick Sager (FDP) als Ersatzmitglied des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich gewählt. Lieber Patrick, im Namen des Grossen Gemeinderats gratuliere ich Dir ganz herzlich zu Deiner neuen Aufgabe und wünsche Dir viel Erfolg im Amt.

### **Rücktritt eines Ratsmitglieds**

Meine Damen und Herren, es ist ein Rücktrittsgesuch eingegangen. Gemeinderat Stefan Neubert ersucht um vorzeitige Entlassung aus dem Amt als Gemeinderat. Der Bezirksrat hat das Gesuch noch nicht behandelt. Wir werden Stefan Neubert in der Juli-Sitzung verabschieden.

### **Konstituierung des Büros**

An unserer letzten Sitzung haben Sie das Büro für das Amtsjahr 2020/2021 bestellt. Das Büro hat sich an seiner Sitzung vom 13. Mai 2020 wie folgt konstituiert:

1. Sekretär: Daniel Schneider
2. Sekretär: Reto Buchmann
3. Sekretär: Mario Senn

Das Präsidium haben Sie selber bestimmt und die Stimmzähler hat das Büro bereits zu einem früheren Zeitpunkt für die gesamte Legislatur ernannt.

## **Stimmzähler**

Um das Stimmzählen zu erleichtern haben wir beschlossen, die Sektoren aufzuheben und die Stimmen nach Fraktionen zu zählen. Die Stimmzähler wurden im Vorfeld zur heutigen Sitzung bereits instruiert.

Anke Würli zählt: FW-Fraktion, SVP-Fraktion und den Präsidenten.

Sait Acar zählt: FDP-EVP-Fraktion, CVP-GLP-Fraktion inklusive 1. Vizepräsident Simon Schanz (CVP)

Urs Weyermann zählt: SP-Fraktion, Grüne-Fraktion

## **Zuweisung von Vorlagen**

An die Rechnungsprüfungskommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2020-183; Schulverwaltung Personalplanung
- Vorlage GGR-Nr. 2020-184; Leistungsziele und Indikatoren 2021

## **Sitzungen des Grossen Gemeinderats**

Trotz Lockerungsmassnahmen des Bundesrats ab dem 6. Juni 2020 findet die Juli-Sitzung nochmals hier in der Sporthalle Tüfi statt. Dies einerseits weil wir Einbürgerungsgesuche behandeln und somit auch unseren Zuschauern hier etwas mehr Platz bieten können. Und zu guter Letzt auch darum, weil für den Umzug zurück ins Hofern in der Sommerpause mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Das Präsidium und die Parlamentsdienste hoffen, dass die Septembersitzung wieder in gewohnter Umgebung, in der Aula Hofern, stattfinden wird.

## **Mitteilungen aus dem Stadtrat**

### **Stadtrat Markus Bürgi zum Thema "Musikschulpilot-Projekt Individualunterricht während der Präsenzsulzeit"**

Vor rund einem Jahr habe ich Sie hier kurz über ein Pilotprojekt unserer Musikschule orientiert und gerne möchte ich Ihnen ein kurzes Update dazu geben. In diesem Projekt, das im aktuellen Schuljahr 2019/2020 läuft, geht es darum, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, den Instrumentalunterricht der Musikschule in ihrem Schulhaus sowie während dem Regelunterricht zu besuchen. Die Teilnahme an diesem Pilotprojekt bedingt selbstverständlich das schriftliche Einverständnis der Eltern und eine Abmeldung der Kinder aus diesem Pilot ist auch jederzeit möglich.

Ich kann Ihnen gleich schon sagen, dieser Pilot ist richtig eingeschlagen. Beinahe alle zur Teilnahme berechtigten Schülerinnen und Schüler haben tatsächlich auch teilgenommen. Dieses grosse Interesse hat uns zwar zu Beginn gleich etwas gefordert – wir haben eigentlich mit einigen wenigen Pilot-Teilnehmenden gerechnet – aber letztlich konnten wir allen Angemeldeten die Teilnahme ermöglichen.

Damit aber noch nicht genug: Zu Ende des ersten Semesters dieses Schuljahres haben wir sämtliche Eltern sowie auch die involvierten Musiklehrer zum Projektverlauf befragt und es freut uns ausserordentlich, dass die Befragung durchwegs positiv ausgefallen ist. Einerseits wird mit diesem Ansatz des individuellen Musikunterrichts

sowohl den Kindern, Eltern als auch Musiklehrern wesentlich höhere Flexibilität geboten und andererseits dadurch wiederum der Zugang zur ergänzenden musikalischen Bildung und Förderung gewährleistet und gefördert. Insgesamt darf dieses Pilotprojekt also als vollumfänglicher Erfolg und als innovativer Ansatz, der allseits auf positive Resonanz stösst, beurteilt werden.

Entsprechend würden wir diesen neuen Ansatz des Individualmusikunterrichts nun natürlich gerne auf sämtliche Schulen ausrollen. So, wie wir das geplant haben, falls die Resultate positiv ausfallen würden. Jetzt kommt leider noch das grosse "aber": So wurden wir von übergeordneter Behörde darauf aufmerksam gemacht, dass unser Ansatz ihres Erachtens nicht ganz den rechtlichen Rahmenbedingungen entspreche. Ich bin ja bekanntlich kein Jurist, aber aus meiner beruflichen Erfahrung weiss ich nur zu gut, dass in der Juristerei zwei Juristen üblicherweise drei Meinungen haben und so ist es auch hier. Wir befinden uns aktuell also immer noch in der Diskussion und hoffen sehr, hier eine Lösung finden zu können, die es nicht nur erlaubt, unseren Piloten weiterführen zu dürfen, sondern insbesondere auch mittelfristig alle übrigen Adliswiler Eltern sowie Musikschülerinnen und -schüler in den Genuss dieses innovativen Ansatzes kommen zu lassen. Und sollte uns dies nicht gelingen, richte ich an dieser Stelle gerne bereits den Aufruf an die anwesenden Kantonsräte, sich in dieser Sache für eine klärende und zukunftsgerichtete Auslegung bzw. Anpassung der entsprechenden Gesetzesgrundlagen einzusetzen. Für allfällige Fragen stehe ich Ihnen gerne auch bilateral zur Verfügung.

## **2. Ausserordentliche Fragestunde**

### **Mario Senn (FDP) zum Thema "Bezug Ferien-, Mehr- und Überzeitsaldi während der Corona-Krise"**

Die einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung waren unterschiedlich von der Corona-Krise betroffen. Während einige mit Mehrarbeit konfrontiert waren, waren andere Abteilungen wie bspw. die Bibliothek, das Hallenbad oder die Freizeitanlage geschlossen (oder zumindest teilweise geschlossen). In diesem Zusammenhang interessiert die Frage, ob und wie diese Phase genutzt wurde, um Ferienguthaben sowie Mehr- und/oder Überzeitsaldi abzubauen:

- Welche Angebote/Betriebe waren zeitweise geschlossen?
- Wurden die Angestellten von geschlossenen Betrieben bzw. Abteilungen mit reduzierten Dienstleistungen verpflichtet, für die Zeit der Schliessung Über- bzw. Mehrzeitsaldi abzubauen sowie (geplante und ungeplante) Ferien zu beziehen?

### **Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung**

- Welche Angebote/Betriebe waren zeitweise geschlossen?

Zeitweise geschlossen waren:

- das Betriebs- und Stadtammanamt (Rechtsstillstand)
- die Bibliothek (mit reduziertem Betrieb)
- das Hallen- und Freibad

- die Jugendarbeit
- die Freizeitanlage

Die übrigen Abteilungen hatten z.T. reduzierte Schalteröffnungszeiten, haben jedoch über die Online-Services das Dienstleistungsangebot aufrechterhalten. Insbesondere waren Behördengänge nur nach telefonischer oder Mail-Voranmeldung möglich. Richtig ist auch, dass diverse Bereiche durch die erforderlichen Betriebsanpassungen, z. B. Homeschooling, überdurchschnittlich beansprucht wurden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeitenden in der Verwaltung und der Schule für ihre Flexibilität und den Einsatz unter erschwerten Bedingungen bedanken. Sie haben alle mitgeholfen, diese ausserordentliche Situation zu bewältigen.

- Wurden die Angestellten von geschlossenen Betrieben bzw. Abteilungen mit reduzierten Dienstleistungen verpflichtet, für die Zeit der Schliessung Über- bzw. Mehrzeitsaldi abzubauen sowie (geplante und ungeplante) Ferien zu beziehen?

Mitarbeitende mit reduziertem Arbeitsvolumen wurden angehalten, zunächst Arbeitsrückstände und Pendenzen zu erledigen (Projekte, Konzepte, Archive und Ablagen, etc.) und anschliessend das Gleitzeitguthaben zu reduzieren. In Einzelfällen haben Mitarbeitende von Abteilungen mit reduziertem Arbeitsvolumen bei Abteilungen mit Mehraufwand ausgeholfen. Dazu wurde zentral ein Personal-Monitoring mit An- und Abwesenheiten aller Mitarbeitenden der Stadtverwaltung aufgebaut. Das Personal-Monitoring diente zusätzlich auch als Instrument, um krankheits- oder quarantänebedingte Personalengpässe zu erkennen und geeignete Reserveplanungen vorzunehmen. Es ist darauf hinzuweisen, dass das Risiko der mangelnden Arbeit grundsätzlich die Arbeitgeberin zu tragen hat.

Alle Mitarbeitenden wurden angehalten, die geplanten Ferien zu beziehen, soweit nicht ein betriebliches Interesse dagegen sprach. Ebenso wurden Mitarbeitende nicht verpflichtet, sondern höchstens dazu ermuntert, Ferien zu beziehen. Die Mitarbeitenden haben einen gesetzlichen Anspruch auf frühzeitige Zuteilung der Ferien (in der Regel mindestens drei Monate im Voraus).

### **Mario Senn (FDP)**

Besten Dank für die Ausführungen. Ich finde es richtig, dass man die städtischen Angestellten dazu anhält, ihre entsprechenden Saldi zu reduzieren, genauso wie das auch in der Privatwirtschaft üblich war.

Kann der Stadtrat sagen, dass auch effektiv Saldi abgebaut wurden von den entsprechenden Mitarbeitern?

### **Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung**

Zum aktuellen Zeitpunkt kann die Auswertung noch nicht erstellt werden. Wir werden aber am Ende dieses Jahres mit der Jahresrechnung eine Übersicht haben über die Saldi der mehrgelasteten Zeiten. Mit der Einführung vom Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) sind wir ja verpflichtet, Rückstellungen zu bilden für alle Ferien- und Überzeiten/Überstunden-Saldi.

### **Heinz Melliger (FW) zum Thema "Erweiterungsbau Zurich International School (ZIS) und zu erwartendes Verkehrsaufkommen"**

Am Montag, 11. Mai 2020, erfolgte der Spatenstich zum Bau des Erweiterungsgebäudes und der Dreifach-Turnhalle der ZIS, wo die Stadt Adliswil sich für eine Nutzung der Turnhalle eingemietet hat.

Auf diesem Campus werden ab 2022 ca. 850 Schüler ein- und ausgehen. So kann mit einer deutlichen Erhöhung der Mami- und Papi-Taxis oder generell mit vermehrten Personentransporten in dieser Umgebung gerechnet werden, deshalb stellen sich für uns die folgenden Fragen:

- Hat der Bauherr, also die ZIS, ein Verkehrskonzept erstellt und wurde dieses durch die Stadt Adliswil bedingungslos genehmigt?
- Wie wird der zu erwartenden Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Moosstrasse und dem Eichenweg entgegengewirkt?
- Welche Massnahmen und Hilfsmittel stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sollte das Verkehrskonzept der ZIS im Nachhinein nicht zufriedenstellend funktionieren?

### **Stadtrat Felix Keller zur Beantwortung**

- Hat der Bauherr, also die ZIS, ein Verkehrskonzept erstellt und wurde dieses durch die Stadt Adliswil bedingungslos genehmigt?

Auch diese Baubewilligung hat die Baukommission genau angeschaut, vor allem das Verkehrskonzept.

Ja, der Bauherr hat ein Verkehrskonzept durch das Verkehrsplanungsbüro "Teamverkehr" erstellt (Verkehrskonzept Nr. 16.096, datiert vom 24. Juli 2017). Dieses wurde im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens in der Baukommission beraten. Es wurden verschiedene Änderungen am Konzept verlangt, u.a. Änderung des Verkehrsablaufs bei der Hol- und Bringzone (nur eine Ausfahrt auf Eichenweg).

Zudem ist die Bauherrschaft durch die Baukommission verpflichtet worden, entsprechende Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrsaufkommens gemäss dem Verkehrskonzept, umzusetzen.

- Wie wird der zu erwartenden Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Moosstrasse und dem Eichenweg entgegengewirkt?

Das Verkehrskonzept sieht verschiedene Massnahmen vor:

- Erhöhung des ÖV-Anteils bei den Schülern (u.a. mit Schulbussen), sodass max. ein Viertel der Schüler mit dem Personenwagen gebracht werden. Ziel Modal-Split: Öffentlicher Verkehr = 35%, Schulbus = 30%, Fuss/Velo = 9,6%, private Personenwagen = 24,4%
- Erhöhung des ÖV-Anteils bei den Lehrern, Ziel Modal-Split: ÖV = 30%, Fuss/Velo = 25%, private Personenwagen = 45%
- Parkplatzbewirtschaftung (monatliche Gebühr für Parkplätze), Übernahme der ÖV-Kosten für Personen, welche mit dem ÖV zur Arbeit kommen
- Gezielte Information über ÖV-Angebot für Schüler und Eltern

- Einsatz grösserer Schulbusse ab Bahnhof Thalwil
- Zusätzliche Schulbusse ab Pfäffikon und Umgebung
- Zusätzliches Angebot für Schulbus für rechtes Seeufer
- Mitfahrgelegenheiten erhöhen
- Veloabstellplätze anbieten
  - Welche Massnahmen und Hilfsmittel stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sollte das Verkehrskonzept der ZIS nicht zufriedenstellend funktionieren?

Das Verkehrskonzept enthält unter Punkt 5 Massnahmen zur Reduktion des hohen Verkehrsaufkommens (siehe Antwort 2). Diese Massnahmen werden als verbindlich zur Kenntnis genommen und sind von der Bauherrschaft nachhaltig umzusetzen.

Die Stadt Adliswil behält sich das Recht vor, sich im Falle von wiederholt auftretenden verkehrstechnischen Missständen über den Stand von umgesetzten Massnahmen zu informieren, entsprechende Nachweise einzufordern und allfällige Verbesserungen zu verlangen.

#### **Hanspeter Clesle (EVP) zum Thema "Baustellenkonzept der Stadt Adliswil"**

- Besitzt die Stadt Adliswil ein "Baustellenkonzept", also eine Koordination, wann welche Baustelle wo durchgeführt wird?
- Wenn ja, wie kommt sie daher und wie kommt das Konzept zustande?

Die Form unserer Stadt gleicht der eines Kuchens, welcher nicht nur von der Sihl durchquert wird, sondern auch von der Sihltalbahn. Das ist weiter nicht schlimm, denn es gibt ja auch Über- und Untergänge. Ein Problem entsteht nur dann, wenn die Baustellen so gelegt sind, dass mindestens zwei von den drei Übergängen zu sind oder nur erschwert passiert werden können. Es gipfelt darin, dass es auf der Albis-Rampe zusätzlich eine Baustelle des Kantons hat. Damit wird es relativ schwierig, vom Kuchenteil A zum Kuchenteil B zu kommen, was in unserem Quartier relativ schlecht ankam. Es ist völlig klar, dass diese Baustellen stattfinden müssen, die Strassen müssen unterhalten werden, ebenso wie die Werkleitungen, welche unter der Strasse sind.

#### **Antwort von Stadträtin Carmen Marty Fässler**

- Besteht in der Stadt Adliswil ein "Baustellenkonzept"?

Die Tiefbauprojekte der Stadt Adliswil werden in der Abteilung "Planung Werke" koordiniert. In regelmässigen Jour fixe mit allen beteiligten Projekt- und Betriebsleitern werden jeweils sämtliche Projekte besprochen und bezüglich Terminen und Schnittstellen zu anderen Projekten abgeglichen. Die jeweiligen Verkehrssteuerungen werden mit der Stadtpolizei und - je nach dem – mit der Kantonspolizei besprochen, um den ÖV und den Individualverkehr möglichst störungsarm führen zu können. Projekte von Nachbargemeinden oder z.B. kantonale Baustellen – soweit bekannt – werden in der aktuellen Projekt- und Verkehrsplanung berücksichtigt. In der Regel sind auch weitere Dritte mit in die Projektplanung einzubeziehen, z.B. Swisscom, Cablecom, Gasversorgung, EKZ oder private Bauvorhaben im Projektperimeter.

Im Projekt Poststrasse sind zwei Bauherrschaften involviert, welche jedoch mit nur einem Planer ihre beiden unabhängigen Sanierungsprojekte gemeinsam entwickeln, um Synergien zu gewinnen und Schnittstellen zu vermeiden. Es sind die Energie 360° für die Gasleitung und die kommunalen Werkbetriebe für die Wasserleitung. Die Sanierung der Gasleitung in der Poststrasse war aus verschiedenen Gründen unumgänglich und dringlich. Die Gasleitung war als bruchanfällig bereits in der Planung, musste jedoch aufgrund der Arbeiten der SZU im Bahnhof Adliswil, welche mit sehr starken Vibrationen verbunden sind, dringlich vorgezogen werden.

Aus Synergie- und Kostengründen haben sich die Werkbetriebe entschlossen, die auch auf einen späteren Zeitpunkt geplante Sanierung und Tieferlegung der Wasserleitung gleichzeitig zu sanieren. Für die Arbeiten stand nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung. Aufgrund der in den Sommerferien 2020 vorgesehenen Vollsperrung der Sihltalstrasse (kantonale Hauptverkehrsstrasse) für die Belagsarbeiten während ca. drei Wochen, muss die Baustelle rund um den Zipfelweg noch vor den Sommerferien 2020 fertig erstellt sein.

Die Baustelle "Pumpwerkstrasse/Soodstrasse" sollte bereits früher für den Verkehr freigegeben werden. Leider war dies wegen bautechnischen Problemen nicht möglich. Nach der Freilegung der Abwasserschächte musste festgestellt werden, dass die Fundationen ungenügend waren. Aktuell ist die Freigabe der Soodstrasse auf den 8. Juni 2020 geplant.

#### **Daniel Schneider (GP) zum Thema "Covid 19; Pandemie/Vorsorge"**

- Was für eine Zwischenbilanz zieht der Stadtrat aus der Pandemie?
- Gibt es Lehren, die wir als Gemeinde daraus mitnehmen können?

Die Experten sind sich einig, dass sich das Virus nicht in Luft auflösen wird, daher wäre es sinnvoll, Vorsorgemassnahmen zu treffen, wie das Anlegen eines Notvorrates von Hygiene-Kits und Schutzmasken für unsere Bevölkerung. Denn es ist ja davon auszugehen, dass es eventuell zu einer zweiten Welle kommen könnte, was wieder zu Engpässen in der Versorgung führen würde. Wir finden, wir sollten es nicht soweit kommen lassen. Denn bei einem erneuten Anstieg der Fallzahlen könnte es rasch an Ressourcen fehlen.

#### **Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung**

- Was für eine Zwischenbilanz zieht der Stadtrat aus der Pandemie?
- Gibt es Lehren, die wir als Gemeinde daraus mitnehmen können?

Ich erlaube mir, die ersten beiden Fragen zusammen zu beantworten.

Insgesamt zieht der Stadtrat eine positive Zwischenbilanz aus der bisherigen Bewältigung der Pandemie. Auf der Grundlage der bestehenden Pandemievorsorgeplanung wurden in der sich abzeichnenden Krisenlage früh die Schlüsselaufgaben bezeichnet, Massnahmen als vorbehaltene Entschlüsse definiert und ein COVID-19-Krisenstab für die Koordination mit den Kantonalen Führungsorganen und den Gemeinden des Bezirks Horgen ins Leben gerufen. In der Folge haben die Entscheidungen des Stadtrats und des COVID-19-Stabes zu einer Vielzahl von Aktionen und Massnahmen in der Verwaltung und den einzelnen Ressorts geführt.

Zu den Details verweise ich an dieser Stelle auf die Mitteilung des Stadtrats anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 6. Mai 2020 und dem entsprechenden Protokolleintrag. Neben der Bewältigung der Krisensituation waren weiterhin die unübertragbaren, laufenden Aufgaben sicherzustellen. Ebenso waren die vielen in Realisierung befindlichen städtischen Bauvorhaben zu beaufsichtigen und Entscheide für Auftragsvergaben zu fällen.

Die ursprünglichen Massnahmen zur Stilllegung von verschiedenen städtischen Betrieben entlang der Vorgaben des Bundes und des Kantons, haben sich zeit- und sachgerecht erledigen lassen. Als nutzbringend hat sich dabei gezeigt, dass sowohl in der Schule, als auch in der Verwaltung, bereits seit einigen Jahren geeignete Informatik-Hilfsmittel im Einsatz stehen. Dies hat die zügige Umstellung auf Fernunterricht ermöglicht und auch den Weiterbetrieb der Verwaltung, zum Teil aus dem Home Office und via Online Dienste sichergestellt.

In den vergangenen Wochen sind in mehreren Schritten Lockerungsmassnahmen beschlossen worden. Zur Umsetzung der Lockerungsmassnahmen erfolgten keine einheitlichen Vorgaben. Daher waren vor der Wiederaufnahme des Präsenzbetriebes diverse, den jeweiligen Betrieben und räumlichen Gegebenheiten angepasste Schutzkonzepte zu entwickeln. Aktuell sind die Mitarbeitenden der Stadt und der Schule daran, unter Einhaltung der Schutzkonzepte, entlang der von Bund und Kanton beschlossenen Lockerungsmassnahmen den Betrieb wieder hochzufahren. Dies betrifft den vollen Präsenzunterricht der Schulen und andere Massnahmen in anderen städtischen Einrichtungen. Hier zeigt sich, dass die Umsetzung der Lockerungsschritte eine feinere Planung erfordert und auch die Kommunikation der unterschiedlichen Schutzkonzepte anspruchsvoll ist. Eine einheitliche Lehre aus der Bewältigung der Pandemie lässt sich aufgrund dieser Ausgangslage nicht ziehen.

Die Umsetzung des sogenannten "Lockdown" war nach dem Motto des ZVV "Durchsage der Leitstelle" klar und zielgerichtet machbar. Für die Lockerungsmassnahmen sind jedoch laufend Anpassungen vorzunehmen, welche sich auf kein entsprechendes Lehrbuch abstützen können. Es ist folglich davon auszugehen, dass auch zur Bewältigung künftiger Krisen Flexibilität und die Fähigkeit, sich an den jeweiligen Stand der Erkenntnisse anzupassen, von grosser Bedeutung sein wird.

- Wäre es daher sinnvoll Vorsorgemassnahmen zu treffen?

Die passende Antwort auf diese Art von Fragestellung wäre ein JA oder ein Nein. Die zutreffende Antwort ist – die bisherigen Vorsorgemassnahmen sind weiterzuführen. Damit sich die Behörden angemessen und verhältnismässig auf eine Pandemie vorbereiten können, ist eine nationale Koordination von grosser Bedeutung. Dazu ist auf Bundesebene ein entsprechendes Expertengremium geschaffen worden. Gemäss den Vorgaben des Bundes hat der Kanton Zürich eine Pandemievorsorgeplanung erarbeitet.

Die Betriebe der Gemeinden tragen wesentlich zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens bei. Im Rahmen ihrer betrieblichen Pandemievorsorgeplanung überprüfen sie daher periodisch, welche vorbereitenden Massnahmen sinnvoll sind, um ihre Aufgaben auch im Pandemiefall wahrnehmen zu können.

Dazu kann auch das Lagern von Hygienematerial für den Eigenbedarf, d.h. für die Mitarbeitenden der städtischen Betriebe im Rahmen ihrer Berufsausübung je nach Bedrohungslage sinnvoll sein. Auch solch relativ kleine Lagerbestände bedürfen aber der ständigen Bewirtschaftung. Das Führen von Pflichtlagern gehört nicht zu

den Gemeindeaufgaben. Solche Lager müssen laufend bewirtschaftet werden. Wegen der beschränkten Haltbarkeit von Hygienematerial machen sie nur auf strategischer Ebene Sinn. Die Bewältigung von Pandemien liegt, u.a. auch aus dem Grund der Notwendigkeit der übergeordnet gesteuerten Zuteilung von Hygienematerial, in der Zuständigkeit des Bundes.

Der "Notvorrat" für die Einwohnerinnen und Einwohner fällt – nicht nur für Hygienematerial – in die Eigenverantwortung und ist im Sinne von "kluger Rat, Notvorrat" bestens empfohlen. Dies auch, um durch spontane Hamsterkäufe nicht die Versorgung der restlichen Bevölkerung zu gefährden.

### **3. Planung und Realisierung eines Gemeinschaftszentrums (GGR-Nr. 2020-157)**

Postulat von Angelika Sulser (SP) und Mitunterzeichner vom 6. Januar 2020

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 31. März 2020 die Ablehnung des Postulats. Der Rat hat nun über die Überweisung des Postulats zu entscheiden.

#### **Angelika Sulser (SP)**

Zu Beginn möchte ich mich beim Stadtrat für die schnelle Abklärung und Überprüfung des Postulats "Gemeinschaftszentrum (GZ)" bedanken. Gerne möchten wir näher auf die Quartierarbeit eingehen.

Die Förderung der Quartierarbeit finden wir eine gute und sinnvolle Arbeit. Aus Sicht von Familien mit Kindern gibt es hier bisher jedoch hauptsächlich Ankündigungen. So war das Quartierprojekt Rellsten/Zopf/Oberleimbach nur bei der Vernetzung der älteren Quartierbewohner erfolgreich. Ein Angebot für Familien mit Kindern konnte im Rahmen dieses Projekts nicht aufgebaut werden. Auch das in der Antwort erwähnte Angebot im Werd entspricht nicht den Bedürfnissen der Familien. Denn wenn das Programm immer nur donnerstags angeboten wird, haben berufstätige Eltern unter Umständen keine Möglichkeit, das Angebot zu nutzen.

Ein aktueller Stand zu den jetzigen Angeboten in unserer Stadt: Fast alle Aktivitäten für Eltern mit ihren Kindern in Adliswil sind ab zweieinhalb Jahren. Deshalb sehen sich die Familien unserer Stadt gezwungen, in die umliegenden Gemeinden oder nach Zürich ausweichen, um ein passendes Angebot zu nutzen. Gerade in der Anfangszeit ist es wichtig, die Familien für unser Stadt-Leben zu motivieren.

Der Nutzen eines GZ wird nie versanden, weil es immer wieder junge Familien oder Grosseltern mit ihren Enkeln gibt, die froh um ein solches Angebot sind. Auch spielt die Jahreszeit keine Rolle. Das Angebot eines GZ kann ganzjährig und täglich ab Geburt genutzt werden als ein Ort, wo Familien gerne hingehen und sich treffen.

Aus eigener Erfahrung und im Austausch mit anderen Eltern kann ich sagen, wie schwierig es in der Praxis ist, ein gutes soziales Umfeld aufzubauen unter diesen Voraussetzungen.

Völlig unbefriedigend aus Sicht der Familien ist es, die Einrichtung eines zentralen Gemeinschaftszentrums abzulehnen mit dem Hinweis, öffentliche Räume in den Quartieren könnten auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das Anliegen des Postulats, ein städtisches Angebot einzurichten, wird umgemünzt in die private Initiative von Eltern, denen die Stadt auf Anfrage Räume zur Verfügung stellen will.

Dabei müssten die Eltern mit anderen Initiativen und mit Vereinen um die Belegung der Räumlichkeiten konkurrieren. Darüber hinaus übergeht der Stadtrat in seiner Stellungnahme den Umstand, dass es in den Quartieren an geeigneten Räumen fehlt oder den Eltern zumindest solche Räume nicht bekannt sind. Die Dezentralisierung in die Quartiere hätte zudem den Nachteil, dass es schwierig wäre, ein attraktives Angebot aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Dies wird in Adliswil nur mit einer zentralen Einrichtung möglich sein.

Gerade eine Stadt wie Adliswil, die aufgrund ihrer Altersstruktur am Zuzug jüngerer Familien interessiert ist, sollte unserer Meinung nach alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine familienfreundliche Stadt zu sein. Wir finden es sehr bedauerlich und schade, dass der Stadtrat den Nutzen und die Notwendigkeit eines GZ für die Familien in unserer Stadt nicht erkannt hat!

### **Erwin Lauper (SVP)**

Ich frage mich, habt Ihr eine Umfrage gemacht? Wieviel Leute haben Interesse? Müssten wir für zehn ein solches GZ bauen oder sind es hunderte? Dann könnte ich es verstehen, aber von einer Anzahl Interessenten habt Ihr nämlich noch nie gesprochen.

### **Mario Senn (FDP)**

Die Postulanten möchten, dass die Stadt Adliswil ein Gemeinschaftszentrum (GZ) an einem Standort planen und realisieren soll. Ist das sinnvoll? Die FDP-EVP-Fraktion ist nicht dieser Meinung. Ich trage Ihnen mindestens drei Gründe vor weshalb.

Zum Ersten haben wir uns gefragt, welchen Mehrwert ein einziges GZ bringen würde. Für uns ist klar: Die Angebote, die in einem GZ angeboten werden und die im Postulat aufgeführt sind, gibt es bereits in Adliswil – einfach dezentral. Sie wurden schon genannt: Freizeitanlage, Bibliothek, Spielplätze, Quartierarbeit, Jugendarbeit usw., aber nicht nur. Das Haus Brugg ist mehr als nur die Bibliothek, sondern bietet auch Räume zur Miete an. Ich darf darauf hinweisen, dass es massgeblich der SP zu verdanken ist, dass das ehemalige Schulhaus Brugg noch steht.

Irritierend am Postulat ist, dass nicht-städtische Angebote einfach unter den Tisch gewischt werden. Ich erinnere an die Kulturschachtle, aber auch an die Angebote der reformierten und katholischen Kirche, welche konfessionsneutral angeboten werden oder auch der Vereine, beispielweise die Kinder- und Kleinkinderangebote des Turnvereins Adliswil, ebenfalls die Krabbelgruppe für unter zweieinhalbjährige, welche im Kirchgemeindehaus der reformierten Kirche stattfindet. Das sind wunderbare Angebote, die von Freiwilligen getragen werden und ich finde es ziemlich speziell, dass solche Angebote offenbar nichts zählen.

Frischgebackene Eltern erhalten jeweils einen Flyer mit 36 Seiten der Bildungsdi-rektion mit Angeboten im Bezirk Horgen. Die Aussage, es mangle an Angeboten für Familien mit kleinen Kindern, finde ich also ziemlich steil.

Man sieht also: Faktisch gibt es die Dienstleistungen, die in einem GZ angeboten werden sollen, bereits. Für die Postulanten genügt das aber nicht, sie wollen ein neues oder ein speziell gewidmetes Gebäude. Das ist doch eine ziemlich "beton-orientierte" Haltung. Wichtig ist nicht der Beton oder das Gebäude, sondern welche Dienstleistungen angeboten werden – egal, ob von der Stadt, der Kirche oder von Privaten. Die Postulanten schreiben, Adliswil sei durch die Neubauten urbaner und

moderner geworden. Mal abgesehen davon, dass die Postulanten alle Adliswiler, die länger als zehn Jahre hier wohnen, wahrscheinlich unbeabsichtigt, als unmodern bezeichnen, wundere ich mich schon, weshalb die Postulanten mit dem GZ ein über 60 Jahre altes Konzept aus der Stadt Zürich als Antwort auf die modernen Herausforderungen vorstellen. Und ich frage mich auch, weshalb, wenn sie schon die Wörter "modern" und "urban" verwenden, die Postulanten zentrale Eigenschaften von Modernität und Urbanität vernachlässigen: Noch nie gab es so viele Möglichkeiten, sich zu vernetzen. Noch nie war es so einfach, sich über Angebote zu informieren. Und ja, ein Merkmal der Modernität ist auch, dass man mobil ist. Es ist zumutbar, vom Dietlimoos oder vom Wilacker in die Freizeitanlage im Werd zu gehen.

À propos: Die Postulanten bezeichnen in ihrem Vorstoss viele bestehende Angebote als "geografisch eingeschränkt". Haben Sie wirklich das Gefühl, es sei besser, wenn alle Angebote – auch die Quartierangebote, die ja in den Quartieren stattfinden sollen – einfach an einem einzigen Standort zentralisiert würden? Für alle, die dann nicht gerade rund ums GZ wohnen, ist das dann ja auch mehr als eingeschränkt. Für uns hat deshalb ein GZ keinen Mehrwert.

Zweitens ist eine finanzpolitische Betrachtung notwendig. Die Postulanten versprechen sich von einem GZ, dass die Angebote kosteneffizienter erbracht werden können. Sie kennen die Rahmenbedingungen: Wir investieren derzeit so viel wie noch nie. Gleichzeitig gehen die Steuereinnahmen zurück und die Annahme der Bodeninitiative entzieht dem Investitionshaushalt mindestens 15 Mio. Franken. Es besteht einfach kein Spielraum für weitere Investitionen. Da nützt es auch nicht, wenn die derzeitigen Angebote kostengünstiger erbracht werden. Sie können nie so viel sparen, dass sich das GZ quasi selbst finanzieren würde. Und über die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Gastronomieangebote darf man sich auch keine Illusionen machen, wie wir jetzt wegen der Corona-Krise gesehen haben. Auch Beiträge von anderen Organisationen kann man sich kaum erhoffen. Oder glauben Sie wirklich, die reformierte oder die katholische Kirche würden zustimmen, ihre Angebote in ein GZ zu transferieren und damit ihre Gebäude leer zu lassen?

Tatsache ist: Ein GZ ist nicht nachhaltig finanzierbar und es ist darum finanzpolitisch schon ein wenig unverantwortlich, ein solches zu fördern. Wir hatten gute Jahre, die sind jetzt vorbei – Sie haben ja heute Morgen die Prognose erhalten.

Drittens offenbart sich in diesem Postulat eine Weltanschauung, die wir nicht teilen. Für uns ist "Gemeinschaft" nicht etwas, das vom Staat oder von der Stadt organisiert werden muss. Familien brauchen nicht den Staat, um sich zu organisieren, es gibt unzählige tolle private Angebote. Ein paar der Kirche und der Vereine habe ich schon erwähnt. Und es gibt auch private kommerzielle Angebote, wie zum Beispiel das Schokoladen-Samichlaus-Giessen mit Kindern von "miniSchoggi" im Webereiareal. Es muss auch nicht immer alles gratis sein und es muss nicht immer vom Staat organisiert werden. Vor allem möchten wir nicht, dass staatliche Angebote ehrenamtliche Angebote verdrängen. Da haben wir einfach ein etwas anderes Menschenbild: Wir trauen den Menschen etwas zu, die Familien sind nicht einfach Opfer, denen man alles organisieren und günstig zur Verfügung stellen muss.

Ich fasse zusammen: Erstens, ein GZ bringt keinen Mehrwert. Zweitens ist es finanzpolitisch unverantwortlich. Und drittens trauen wir den Menschen etwas zu und wir wollen private Angebote nicht verdrängen. Adliswil braucht Gemeinsinn und Freiwilligkeit – und kein GZ. Wir lehnen das Postulat ab.

### **Gabriel Mäder (GLP)**

In der Stadt Adliswil gibt es, da stimmen wir dem Vorredner zu, bereits ein grosses Angebot von soziokulturellen Vereinen auf privater oder auch staatlicher Ebene, welche das Zusammenleben und den gesellschaftlichen Austausch in Adliswil fördern. Allein auf der Webseite von der Stadt Adliswil finden wir über 130 Vereine, von denen etliche von der Stadt Adliswil fachlich oder finanziell unterstützt werden. Zum Erhalt und zur Förderung dieses Angebots hat sich der Stadtrat, wie aus den Legislatur-Zielen 2022 hervorgeht, ein dezentrales Konzept vorgenommen. Der Stadtrat möchte sich also in den einzelnen Quartieren engagieren, um den Bewohnern die Möglichkeiten zur Vernetzung zu geben. Das tönt sehr sympathisch, aber nicht nur wir Initianten des Postulats haben dazu Bedenken. Nein, auch der Stadtrat selbst schreibt in seiner Antwort, dass dazu in den Quartieren die Räumlichkeiten fehlen, dass Strukturen aufgebaut werden müssen, dass Fachpersonal benötigt wird und dass die Nachhaltigkeit in den Quartieren schwierig ist, oder auf gut Deutsch, dass man in den einzelnen Quartieren zu wenige Leute hat, um die kritische Masse zu erreichen und um den längerfristigen Fortbestand der Projekte zu garantieren. Lieber Stadtrat, das sehen wir genauso und es geht nicht darum, dass wir zu wenig engagierte Leute in Adliswil haben, sondern das ist aus unserer Sicht ein Problem des Konzeptes. Darum haben wir im Postulat gebeten, anstelle einer dezentralen Lösung, eine zentrale Lösung zu prüfen, anstelle vieler kleiner Mini-GZs, ein grosses GZ für die ganze Stadt. Denn auch wir sind der Meinung, dass die Adliswiler mobil sind. Eines sollten wir nicht vergessen und das sehen wir anders, das sind die Kosten. Die Kosten sind in unseren Augen kein Argument gegen unser Postulat, im Gegenteil. Wir fordern nicht 20 Millionen für einen fixen Betonbau, im Gegenteil sind wir vielmehr der Meinung, dass die bisherigen Leistungen, die überall verteilt in der Stadt erbracht werden, viel effizienter und kostengünstiger mit einem zentralen Konzept gemanagt werden könnten. Insbesondere, und das verbietet unser Postulat überhaupt nicht, wenn wir auch Private dazu ziehen und ein gemeinsames Konzept entwickeln. Denn durch die Zentralisierung und eine allfällige Kombination mit zum Beispiel einem Gastro-Konzept, sinken die Aufwände für die Strukturkosten, Kurse und Veranstaltungen können länger und einfacher angeboten werden, wodurch wiederum die Nachfrage steigt und so am Schluss höhere Einnahmen generiert werden. Deshalb wollen wir eine Bedarfsabklärung, wollen sehen, welche Kosten bereits heute entstehen und wie diese bei einer Umsetzung mit einem zentralen GZ aussehen würden. Denn nicht alles, was schon 60 Jahre alt ist, muss deswegen schlecht sein. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort selber: Im Sinne der Förderung von Zusammenleben und Gemeinschaftlichkeit könnten daher auch zentrale Austauschorte unterstützt werden. Ja genau, dann prüfen wir das doch.

Liebe Ratsmitglieder, leider hat der Stadtrat nicht den Mut aufgebracht, von sich aus seine bisherige Strategie, welche auf so viele Hindernisse gestossen ist, nochmals zu hinterfragen und Alternativen zu prüfen. Darum ist es an uns, dieses Postulat zu überweisen, damit wir eine Auslegeordnung für die beiden Konzepte "Zentral" oder "Dezentral" bekommen und anhand der Zahlen im Nachgang, nicht bereits im Voraus, entscheiden können, welche Lösung dann tatsächlich besser ist für Adliswil. Denn wenn wir heute das Postulat ablehnen, wird die aktuelle, dezentrale Lösung mit den damit verbundenen Kosten über Jahre hinaus zementiert werden. Darum überweisen Sie mit uns das Postulat, um Alternativen aufzuzeigen, wie das gesellschaftliche Leben in Adliswil gefördert werden kann.

### **Bernie Corrodi (FW)**

Ich habe hinten eigentlich nichts verstanden, wie letztes Mal. Bin mir vorgekommen, wie bei einem Blindflug. Interessanterweise ist hier vorne der Ton gut. Als erster Punkt stelle ich fest, dass Mario Senn, welcher jetzt lange auf dem Bock sass, sein ganzes Wissen, seine ganze Rhetorik, brillant in Szene gesetzt und uns gesagt hat, was Sache ist. Ich habe das vorliegende Postulat unterschrieben, weil ich sie wertvoll und wichtig finde. Und weil ich wissen wollte, wie der Stadtrat und Ihr, Gemeinderäte, ticken. Ihr habt mir die Antwort gegeben. Erwin Lauper fragte, ob man Leute befragt hätte. Dazu muss ich sagen, wir haben 700'000 Franken ausgegeben für ein Projekt im Quartier Oberleimbach, wovon die Stadt Adliswil 450'000 Franken daran bezahlt hat und die anderen 250'000 Franken sind von Privaten, beziehungsweise von Stiftungen gekommen. Es braucht Quartiervereine, es braucht Quartiertreffpunkte, das können wir nicht wegdiskutieren, aber es braucht auch Macher, welche das realisieren. Ich stelle fest, dass bei uns Mitunterzeichner dieser Punkt vielleicht zu wenig gross herausgekommen ist. Ich widerstehe der Versuchung, ein wenig aus meinem Leben zu erzählen. Denn ich habe schon einen Quartierverein, Männergruppen usw. gegründet. Ich erspare Euch diese Ausführungen, aber es braucht Leute, welche aktiv sind. Da es nicht um meine Person geht, verzichte ich darauf. Ich möchte aber den Stadtrat bitten, dieses Thema wieder aufzugreifen, sobald es unsere Finanzen wieder erlauben.

### **Angelia Brogгинi (GP)**

Ich bin selbst vor etwa 15 Jahren mit einem wenige Monate alten Baby nach Adliswil gezogen. Umgeben von einem kinderlosen Freundeskreis stellte sich mir als frischgebackene Mutter ziemlich schnell die Frage, wie und wo ich Anschluss an Gleichgesinnte finden könnte. Ich musste feststellen, dass dies recht schwierig war, es war grausig kalter Winter, die Badis geschlossen und die Spielplätze verwaist. Ich versuchte, Angebote zu finden, denn einen Flyer dazu habe ich meines Wissens damals nicht bekommen. Die Angebote waren ziemlich beschränkt, auch häufig zeitlich, was ein gutes Zeitmanagement erforderte. Gerade für Eltern, die auch noch berufstätig waren und sich die freien Tage nicht immer aussuchen und so richten konnten, dass sie an gewissen Aktivitäten teilnehmen konnten. Solange Kinder noch nicht in eine Krippe oder Spielgruppe gehen, findet eigentlich kein unkomplizierter Austausch mit anderen Eltern statt. Erste Kontakte zu knüpfen brauchte viel Zeit, Zufall und erforderte ziemlich viel Eigeninitiative. Ich hätte mir ein GZ gewünscht! Ich glaube, dass ich nicht nur für mich spreche, wenn Ihr fragt, ob es ein allgemeines Bedürfnis ist, ich glaube, es liegt in der Natur der Sache einer Familie, dass man mit kleinen Kindern den Anschluss sucht und eigentlich jede Familie ein solches Angebot nutzen würde.

Ich weiss nicht, ob uns da kinderlose Personen Ratschläge geben und wissen können, ob wir so etwas zentral brauchen.

Ein GZ bietet einen niederschweligen Einstieg in ein soziales Netz. Ein Ort, der immer offen ist, der bei Wind und Wetter besucht werden kann, der eine geeignete Infrastruktur bietet und Eltern und Kinder zusammenbringt. Und es bietet so viel mehr als nur Zeitvertreib! Ein GZ gibt seinen Besuchern Anschluss an das Sozialleben einer Stadt.

Man findet nicht nur Freundschaften für Kinder, Mütter und Väter, sondern auch Antworten auf fast alle Fragen, die während des Elterndaseins jeder Altersstufe auftauchen. Man findet Hilfe bei der Suche nach Kinderärzten, Wohnungen, Arbeit oder Übersetzungen für Fremdsprachige, Erklärungen des Schulsystems in der Schweiz für Ausländer und es wird auch Politik betrieben. Ich habe auch schon mal auf einem Indoor-Spielplatz mit Jemandem Abstimmungsunterlagen ausgefüllt. Vereine werden weiterempfohlen (kein Konkurrenzverhalten zu Kirche oder Vereinen), Börsen auf die Beine gestellt und vieles mehr. All das findet bisher nur in verzettelten einzelnen Gruppen, Quartieren, Nachbarschaften statt, oder in GZ von anderen Gemeinden, viele Familien gehen in andere Gemeinden, wo sie GZs nutzen können. Die Angebote müssen oft mühsam gesucht werden. All das könnte die Stadt Adliswil ihrer Bevölkerung bieten!

Wir sind deshalb von der Antwort des Stadtrats enttäuscht. Wir Unterzeichner haben ein Bedürfnis der Bevölkerung an den Stadtrat herangetragen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass der Stadtrat dies als lästigen Arbeitsaufwand empfindet, den man mit einigen wenigen Gegenargumenten vom Tisch fegt. Wir vermissen eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und eine konstruktive Zusammenarbeit.

### **Esen Yilmaz (SP)**

Erwin Lauper fragte, ob wir eine Umfrage gemacht hätten bezüglich des GZs. Ja wir haben tatsächlich eine Schätzung gemacht. Wir glauben, der Bedarf ist bei 1000 Personen. Ich hoffe, das beantwortet die Frage.

Zu den Aussagen von Mario Senn:

Warum nur ein Ort? Hoffentlich werden wir einmal zwei oder drei Standorte haben, aber wir sollten vorerst mit einem beginnen. Du hast gesagt, dass die Kulturschachtle und die reformierte Kirchgemeinde bereits solche Dienstleistungen anbieten. Das stimmt! Aber warum gehen die Adliswiler wohl ins GZ Leimbach und ins GZ Wollishofen? Weiter hast Du gesagt, dass Bewohner mit Neugeborenen eine 36-seitige Broschüre vom Kanton mit Angeboten, u.a. auch im Bezirk Horgen, erhalten. Auch korrekt, aber die Adliswiler möchten sich in ihrer Nähe bewegen und nicht im Bezirk. Warum ein neues Gebäude aus Beton? Es könnte auch ein schon bestehendes Gebäude sein, das wäre ja hoffentlich noch schneller umsetzbar.

Die Idee des Gemeinschaftszentrums ist über 60 Jahre alt: stimmt. Eine Flasche Mouton Rothschild 2010 kostet mittlerweile rund 2'000 Franken, hat aber eine neue Etikette. Das funktioniert also, alt aber mit neuer Etikette.

Geographisch eingeschränkt, wenn nur ein Standort: Stimmt, darum gerne ein zentraler Standort. Wenn wir es geographisch betrachten, dann ist wohl die höchste Population im Zentrum von Adliswil.

Du hast gesagt, die Bodeninitiative entzieht der Stadt 15 Millionen Franken. Vielleicht hast Du dazu eine Kalkulation, eine Rechnung? Vielleicht könntest Du eine Präsentation machen?

Familien brauchen nicht den Staat, um sich zu organisieren. Staat, Kanton, Stadt, was hast Du genau gemeint? Aber es ist umgekehrt, der Staat braucht Familien!

Ich finde es spannend, wie viele Anmerkungen manchmal auf ein Postulat gemacht werden. Meines Erachtens wurden aber hier keine konstruktiven Bemerkungen gemacht. Ich hätte mir gewünscht, dass Du wenigstens einen positiven Satz gesagt hättest.

### **Angelika Sulser (SP)**

Das mit den 1000 Kindern könnte sogar noch übertroffen werden. Wir haben jetzt 400 Kindergartenkinder, das ist aber nur ein Jahrgang. Wenn man zurückrechnet, dann waren das dazumal also 400 einjährige Kinder.

Das Haus Brugg bietet leider keinen Spielplatz, kein Café und es ist auch viel zu gefährlich, um die Kinder dort spielen zu lassen. Es ist zwar gut, dass es Info-Seiten des Bezirks gibt, aber das heisst, man müsste ausweichen und kann nicht in Adliswil bleiben. Das einzige was es gibt, ist die Krabbelgruppe, aber die ist nicht flexibel, hier kann man nicht einfach gehen, wenn man will, man muss sich anmelden. Und sie hat auch eine Warteliste.

Man sieht, Mario, Du sprichst nicht aus eigener Erfahrung. Aber Du kannst gerne einmal meine Kinder ausleihen, um zu sehen, wie es in der Praxis ist.

### **Mario Senn (FDP)**

Gabriel Mädgers Votum war sehr vernünftig. Wenn das Postulat die Abklärung, die Du angesprochen hast, so ausdrücklich fordern würde, hätte es vielleicht einen etwas anderen Empfang bei uns gefunden, es steht aber so nicht drin. Wenn ich Dir und Angelika zuhöre, weiss ich gar nicht, ob Ihr über den gleichen Vorstoss gesprochen habt. Bernie Corrodi, Danke für Dein Lob, ich würde sagen, auch Du hast sehr viel rhetorisches Talent. Engagement sei sehr wichtig, hast Du gesagt. Da bin ich gleicher Meinung. Zu Angela Brogгинi und Angela Sulser möchte ich sagen, Ihr habt beide eine sehr persönliche Bemerkung gemacht. Ich hätte nicht erwartet, von Euch, die Ihr die Moral so hochhaltet, vorgehalten zu bekommen, dass ich keine Kinder habe. Ich würde aufpassen mit solchen Bemerkungen, welche persönlich sehr treffen könnten.

Ich habe die Kinder nicht gezählt, aber in der FDP-EVP-Fraktion hat es also ganz viele Kinder, und ich wage zu behaupten, die durchschnittliche Kinderzahl ist in unserer Fraktion höher als in Euren Fraktionen. Es gibt mindestens drei Mitglieder bei uns, welche drei Kinder haben. Das zieht den Schnitt nach oben.

Ich finde, dass die Eigeninitiative, welche Angelika Sulser erwähnt hat, sehr richtig ist.

Von Esen Yilmaz nehme ich mit, dass die SP Kenntnis von hochpreisigen Luxusweinen hat. Ich habe da keine Erfahrungen.

Die verlorenen Millionen durch die Bodeninitiative erwähnte unsere Finanzvorsteherin im Sihltaler vom 9. Februar und bis diese Aussage widerlegt ist, wiederhole ich sie sehr gerne.

Mir ist aufgefallen, dass niemand von Ihnen über Finanzpolitik gesprochen hat. Die Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel. Falls der Stadtrat eine Kreditvorlage unterbreiten würde für die Umsetzung dieses Postulats, ist Frage eins, ob Sie eine Mehrheit finden würden hier im Rat und Frage zwei, finden Sie eine Mehrheit im Volk? Wenn ich die finanzpolitische Prognose anschau, kann ich Ihnen sagen,

diese Abstimmung würde wie ein Penalty-Schiessen ohne Goalie enden. In dem Sinne: lehnen Sie dieses Postulat ab, es braucht kein GZ in Adliswil.

### **Hanspeter Clesle (EVP)**

Ich gehöre zu denen, die Kinder haben, es sind drei Mädchen, zwei davon bereits schon erwachsen. Ein Teenager ist noch zu Hause. Alle drei sind hier aufgewachsen und ein GZ war nie ein Thema bei uns. Ich wiederhole nochmals: wir haben ein recht gutes Angebot hier in Adliswil. Um nochmals die Freizeitanlage im Werd anzusprechen, meine Kinder waren regelmässig dort. Haben Kurse besucht und Kontakte geknüpft mit anderen Kindern. Beim Abholen habe ich ebenfalls Kontakt mit anderen Eltern gehabt.

Das Haus Brugg hat keinen Spielplatz, da wäre vielleicht Handlungsbedarf. Könnte man über den Platz nachdenken, den wir dort haben. In der Kulturschachtle kann man sehr lässige Anlässe besuchen. Dann haben wir ein relativ grosses Vereinsleben hier in Adliswil. Meine Kinder spielten regelmässig Fussball oder besuchten andere Sportanlässe. Es gibt die Zevi, die Jungschar, Pfadi usw., welche als guten Ausgleich auf dem Albis herumturnen.

Jetzt wir ein GZ gefordert und das auch noch zentral. Ich weiss nicht, ob das mit dem sozialdemokratischen Gedankengut zu tun hat, dass man alles zentral macht. Ich bin der Meinung gerade in der Schweiz sollte nicht alles so zentral sein. Meine Kinder haben mit anderen Kindern aus dem Quartier Spielnachmittage im Schulhaus Zopf, z. B. Fussball- oder Hockey-Turniere organisiert, aus Eigeninitiative, ohne dass ein Erwachsener mithalf. Ich glaube, das braucht unsere Gesellschaft, die Kinder machen lassen.

Ein zentrales GZ, wo soll denn das hin? Auf das Stadthausareal? Dort will man ja jetzt einen Stadtsaal bauen. Aus unserer Sicht ist klar, wir brauchen kein GZ in unserer Stadt.

### **Angela Brogгинi (GP)**

Ich möchte mich entschuldigen, wenn ich Mario Senn persönlich getroffen habe, das wollte ich wirklich nicht. Ich habe vielmehr das Gefühl, dass manchmal das Verständnis zwischen Leuten mit Kindern und solchen ohne Kinder fehlt. Andererseits ist dies für mich ein persönliches Thema, weil ich Mutter bin und weil das damals meine persönliche Erfahrung war. Und ich finde, ein Bedürfnis sollte man vortragen dürfen. Auch verstehe ich Dein Votum so, dass ich nicht fähig sei, mich selber zu vernetzen, obwohl ich das sollte. Ich finde da ist doch auch ein Auftrag an die Stadt vorhanden, den Familien zu helfen.

Ich glaube, Hanspeter Clesle und ich sprechen von verschiedenen Altersstufen. Wenn Kinder älter sind und sich selber organisieren können oder sich in einen Verein begeben können, finde ich auch, dass es genügend Angebote gibt. Hier gehen mittlerweile meine Kinder auch hin. Aber wenn Du eine Mutter mit ganz kleinen Kindern bist, hast Du diese Möglichkeit nicht. Diese können sich nicht selber organisieren, da muss man sich als Familie treffen können. Ich glaube, ein GZ hat darum eine andere Kundschaft als die Kinder, die sich selbständig irgendwo aufhalten können.

### **Gabriel Mäder (GLP)**

Mario Senn, Du hast ganz richtig gesehen, von uns Initianten des Postulats, SP/Grüne/CVP/GLP, gibt es tatsächlich ein breites Spektrum von Vorstellungen, wie so ein zukünftiges GZ aussehen könnte. Für uns stand im Vordergrund, ein Konzept für ein GZ zu prüfen und eine Bedarfsabklärung aufzunehmen, zu schauen, was gibt es schon alles, wo zahlen wir überall Miete etc.

Aus unserer Sicht kann man das bündeln, wie es auch in der Wirtschaft bekannt ist. Zentrale Ansätze, auch wenn sie weiter weg sein sollten, könnten für die Kundschaft kostengünstiger erbracht werden als es bis jetzt der Fall ist. Und das sollte auch in Adliswil möglich sein. Darum haben wir geschrieben "zu vertretbaren Kosten" und "Private involvieren". Wir haben gehofft, dass wir somit sehr nah bei Euch sind und auf ein bisschen mehr Zustimmung hoffen könnten. Die Hoffnung stirbt zuletzt, denn niemand möchte jetzt schon Geld ausgeben, sondern wir wollen zuerst einmal abklären, wie die beiden Konzepte im Vergleich aussehen. Vielleicht bekommen wir vom einen oder anderen von Euch doch Unterstützung, das würde uns freuen.

### **Ratspräsident Sebastian Huber**

Wolfgang Liedtke beantragt eine geheime Abstimmung.

### **Mario Senn (FDP)**

Ich stelle Antrag auf Namensaufruf. Dieser braucht nämlich nur sechs Stimmen und Ihrer braucht 19 Stimmen. Ich denke wir sind alt genug und können zu unserer Meinung stehen.

### **Ratspräsident Sebastian Huber**

Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

### **Abstimmung über Antrag Namensaufruf**

Der Rat stimmt dem Antrag, die Überweisung unter Namensaufruf abzustimmen, mit 14 Stimmen zu. Gestützt auf Art. 62 Abs. 2 erfolgt die Abstimmung mit Namensaufruf, wenn sechs Ratsmitglieder einen entsprechenden Antrag unterstützen. Dies ist der Fall.

### **Abstimmung über Antrag auf geheime Abstimmung**

**Der Rat lehnt die geheime Abstimmung mit 21 Stimmen zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.**

### **Namensaufruf**

Gemäss Art. 62 Abs. 2 ist das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Ratsmitglieds massgebend. Ich rufe nun jedes Ratsmitglied in alphabetischer Reihenfolge auf und jeder sagt laut wofür er stimmt.

### **Für die Überweisung des Postulats gestimmt:**

Sait Acar, Angela Broggini, Bernie Corrodi, Xhelajdin Etemi, Wolfgang Liedtke, Gabriel Mäder, Kannathasan Muthuthamby, Stefan Neubert, Marianne Oswald, Martin

Rüttimann, Simon Schanz, Angelika Sulser, Walter Uebersax, Katharina Willmann, Anke Würli, Esen Yilmaz

**Gegen die Überweisung des Postulats gestimmt:**

Vera Bach, Harry Baldegger, Reto Buchmann, Hanspeter Clesle, Daniel Frei, Silvia Helbling, Sebastian Huber, Thomas Iseli, Renato Jacomet, Urs Künzler, Erwin Laufer, Heinz Melliger, Daniela Morf, Patrick Sager, Mario Senn, Urs Weyermann, Keith Wyss

**Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 18 Stimmen zu 17 Stimmen bei 0 Enthaltung mit Stichentscheid des Ratspräsidenten ab.**

**Das Geschäft ist erledigt.**

*Es gibt einen fünfzehnminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.45 Uhr weiter.*

**4. Jahresrechnung 2019 (2020-173)**

Antrag des Stadtrats vom 17. März 2020 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 18. Mai 2020

Eintreten auf die Jahresrechnung 2019 ist gemäss Art. 49 Abs. 2 GeschO GGR obligatorisch.

**Grundsatzdebatte**

**Thomas Iseli, Präsident RPK (FDP)**

Wiederum liegt uns eine überaus erfreuliche Jahresrechnung vor. Die Jahresrechnung der Stadt Adliswil für das Jahr 2019 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 13 Mio. Franken vor, und rund 8,5 Mio. Franken nach der Einlage in die finanzpolitische Reserve und somit um 8,2 Mio. Franken besser als budgetiert ab.

Dieses Resultat ist höchst erfreulich und die Einlage in die Reserve ganz wesentlich für die zukünftigen Rechnungen. Es handelt sich bei der Jahresrechnung 2019 um die dreizehnte Rechnung in Folge, welche mit einem deutlichen Ertragsüberschuss abgeschlossen wurde. Die finanzielle Lage der Stadt Adliswil kann also weiterhin als sehr solide beurteilt werden und bildet damit eine stabile Grundlage für die noch anstehenden hohen Infrastrukturinvestitionen. Wegen des hohen Investitionsvolumens wird die Verschuldung weiter ansteigen. In der Rechnung 2019 ist die Nettoschuld pro Einwohner mit 812 Franken zwar höher als in der Rechnung 2018, aber im Budget 2019 wurde von einer über dreimal höheren Verschuldung ausgegangen, nämlich von rund 2598 Franken pro Kopf.

Der Bestand des Eigenkapitals zeigt sich in einer nie da gewesenen Höhe und bildet somit die gesunde Basis, um die zukünftigen Belastungen des Finanzhaushaltes aufzufangen. Die gute Finanzlage erlaubt es der Stadt, die zukünftigen Investitionen, welche noch folgen werden, ausgewogen zu finanzieren, um die Verschuldung in Grenzen zu halten.

Für das laufende Jahr 2020 wird sich zeigen, was die Auswirkungen des unsäglichen Corona-Virus mit sich bringen werden, wir hoffen trotzdem auf einen positiven Abschluss, auch wenn es bisher etwas anders aussah.

Der Stadtrat hat, trotz den Abweichungen zum Budget, einen guten Job gemacht. Die Kosten hatte er im Griff, sämtliche Ressorts konnten unter den budgetierten Beträgen abschliessen. Die RPK begrüsst diese Entwicklung und taxiert dies als äusserst erfreulich. Auf der Ertragsseite gilt es besonders hervorzuheben, dass die Fiskaleinnahmen um 18,2 Mio. Franken höher ausgefallen sind, dies vorwiegend durch Steuerauscheidungen, aber auch durch die ordentlichen Steuern, was sehr erfreulich ist.

Bei den Investitionen hat sich ein noch nie dagewesenes Bild gezeigt. Die Höhe von 38,5 Mio. Franken wurde noch nie erreicht, geplant waren aber noch viel mehr und daher ist die Differenz von 40% zum Budget ebenso rekordverdächtig. Die Abschreibungen fallen dementsprechend auch tiefer aus.

Wenden wir uns noch kurz dem grössten Ressort, der Bildung zu. Hier erkennt man schnell, dass gute Bildung wirklich einiges kostet.

Auch wenn das Nettoergebnis im Bereich Bildung rund 1 Mio. Franken oder knapp 3% unter dem Budget liegt, so sollte uns das nicht über die kommenden Tatsachen hinwegtäuschen. Die ständig ansteigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen verursachen einen Skaleneffekt, der zu Verzögerungen im Aufwand führt. Dabei fällt der Minderaufwand im Bereich Personalkosten ganz deutlich aus. Rechneten wir in der Budgetphase noch mit höheren Ausgaben im Bereich Aus- und Weiterbildung, so fällt das Ergebnis umso erfreulicher aus. Sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarschule konnte der Personalaufwand reduziert werden.

Bei der speziellen Förderung konnte zwar der Personalaufwand gesenkt werden, das aber auf Grund der Tatsache, dass im Bereich Therapie ein Fachkräftemangel herrscht. Im Gegenzug steigen die Sach- und Betriebsaufwendungen, da vermehrt auf externe Therapeuten im Mandat zurückgegriffen wurde.

Die Prüfung der Jahresrechnung hat gezeigt, dass die Berichterstattung auf gutem Wege ist und mehrheitlich transparent kommentiert wird. Leider war die Vergleichbarkeit mit der Rechnung 2018 durch die Umstellung auf HRM2 nicht gegeben, was die Prüfung massiv erschwerte. Wir hoffen, dass wir im nächsten Abschluss wieder Vorjahreszahlen zum Vergleich beiziehen können.

Es wurde uns auch eine zusätzliche Information zugetragen. Nämlich eine Zusammenfassung über die Veränderungen bzw. Verschiebungen innerhalb der Ressorts und der Kosten. Dies ermöglichte der Rechnungsprüfungskommission ein gutes Gesamtbild zu erhalten, obwohl die Lesbarkeit unter der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ziemlich stark gelitten hat. Bei den Texten und der Umsetzung von Anregungen der Rechnungsprüfungskommission mussten wir aber erneut zur Kenntnis nehmen, dass diese wohl gehört, aber daraus reichlich wenig gemacht wird, schade. Dies wäre doch auch ein Zeichen der Wertschätzung unserer Arbeit.

So ist der Umgang mit den Überstundensaldi gemäss Personalstatut (SRB 2016-273) weiterhin nicht publiziert und nicht auffindbar. Diese Interpellation ist damals auf Initiative der damaligen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission eingereicht worden und hatte die Herstellung von Transparenz im Umgang mit Überstun-

den innerhalb der Stadtverwaltung bezweckt. Der Stadtrat hatte sich in seiner damaligen Antwort bereit erklärt, "künftig die Summe der Guthaben in den Langzeitkonti im Jahresbericht zu publizieren", damit das Parlament "ein Instrument zur Prüfung" erhalte.

Weiter mussten wir feststellen, dass der Kostendeckungsgrad bei den schulergänzenden Leistungen statt wie gefordert, sich gegen 100% zu bewegen, in eine ganz andere Richtung bewegt hat. Einmal von der Rechnung 18 zur Rechnung 19 von 79,1 zu 47 und im anderen Fall von 80,3 zu 78,5. Hier ist dringender Handlungsbedarf angezeigt, damit das Ziel der Kostenneutralität auch bald erreicht werden kann.

Bei einigen Texten müssen wir annehmen, dass diese einfach von früher übernommen wurden und niemand diese nochmals durchgearbeitet und der Wahrheit entsprechend angepasst hat. Dies ist nicht gerade vertrauensbildend und legt das Ganze nicht transparent dar, sondern verfälscht sogar die Information. Dabei sind Präsens statt Vergangenheit noch die kleinsten Ungereimtheiten. Wenn dann aber auf Seite 117 beim Reservoir Rellsten von "sanierungsbedürftig" und "soll durch einen Neubau ersetzt werden" gesprochen wird, die Projektierung scheinbar vor dem Abschluss steht und die Ausführung ab diesem Jahr geplant ist, dann ist dies schlichtweg "fake news" wie es im Buche steht. Die Einweihung hat bereits stattgefunden und das Reservoir ist im Betrieb. Eine andere schöne Formulierung haben wir bei der Feuerwehr im Kommentar gefunden, dies auf Seite 115. Hier hat sich der Schriftsteller wahrscheinlich selber auf die Schippe nehmen wollen.

An dieser Stelle möchte die Rechnungsprüfungskommission auch noch einige konkrete Bemerkungen zum Jahresbericht 2019, sowie der von der Rechnungsprüfungskommission durchgeführten Belegprüfung anbringen.

Zu allererst möchte die Rechnungsprüfungskommission wie schon in früheren Jahren die Qualität der im Jahresbericht enthaltenen Kommentare positiv würdigen. Wichtig dabei ist aber auch, dass die Texte genauestens auf ihre Aktualität zu prüfen sind und dementsprechend angepasst werden müssten. Es kann ja wohl nicht sein, dass hier falsche Tatsachen Einzug halten. Gesamthaft konnten wir aber eine gut strukturierte, klar gegliederte und nachvollziehbare sowie aussagekräftig dargestellte Jahresrechnung 2019 beurteilen. In Verbindung mit der kooperativen Zusammenarbeit mit dem Stadtrat sowie der städtischen Verwaltung konnte die Prüfung effizient durchgeführt werden. Die Anzahl der Fragen durch die Rechnungsprüfungskommission wurde sicherlich durch die guten und aussagekräftigen Kommentare reduziert.

Im Rahmen der Belegprüfung ist die Rechnungsprüfungskommission auf keine grundsätzliche grössere Probleme gestossen. Die Rechnungsprüfungskommission stellt sich weiterhin klar hinter diese Prüfung und wird auch in Zukunft an dieser festhalten. Positiv hervorzuheben ist, dass die Belege gross, mehrheitlich klar und verständlich mit Ausgabenbegründungen sowie ggf. mit dazugehörigen Verweisen auf Stadtratsbeschlüsse versehen sind. Trotzdem hat die Rechnungsprüfungskommission diesbezüglich noch die folgenden Anmerkungen:

- Die Rechnungsprüfungskommission möchte den Stadtrat und das Verwaltungspersonal erneut darauf hinweisen, konsequent auf die Geltendmachung von Skonti zu achten und wenn immer möglich, Mahngebühren zu vermeiden.
- Bei den Vereinheitlichungen innerhalb des Verwaltungsbetriebes ist der Rechnungsprüfungskommission daran gelegen, dass diese nun endgültig umgesetzt

werden. Klarheit und Einheitlichkeit müssen Bestand haben. Bei Ausgaben und Spesen sollte auch dritten klar sein, wofür diese Kosten generiert worden sind.

- Ein privates Unternehmen übernimmt im Bereich EDV/IT zu grossen Teilen anfallende Aufgaben und wird als Verkörperung der städtischen "IT-Abteilung" sowie fest integrierter Bestandteil von Verwaltungsprozessen bezeichnet (im Organigramm ersichtlich). Diese Vergabe sollte mindestens alle drei bis vier Jahre überprüft und ausgeschrieben werden, damit sicherlich nach fünf Jahren ein neuer, der Situation entsprechender Vertrag unterschrieben werden kann. Die RPK ist sich selbstverständlich der Vorteile der Auslagerung von IT-Prozessen bewusst, ist jedoch der Ansicht, dass insbesondere, gegeben am grossen Auftragsvolumen, die Geschäftsbeziehung regelmässig auf Zweckmässigkeit, sprich Marktgerechtigkeit, sowie insbesondere Kosteneffizienz überprüft werden sollte.
- Bei der Frage der Auftragsvergabe ersucht die Rechnungsprüfungskommission den Stadtrat unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit sowie der Ökologie und Umweltbelastung nach Möglichkeit Dienstleister in der Nähe von Adliswil zu verpflichten.
- Obwohl bereits bei den letzten Prüfungen der Jahresrechnung angemerkt, bezieht die Stadt Adliswil weiterhin sehr hochpreisige Designer-Büromöbel. Auch hier ersucht die Rechnungsprüfungskommission den Stadtrat daher, entsprechende Alternativen ernsthaft und sorgfältig zu prüfen, hier ist sicher einiges an Sparpotenzial vorhanden. Dies auch im Hinblick auf "das Gürtel enger schnallen" in der jetzigen Corona-Krise.

Abschliessend möchte die Rechnungsprüfungskommission aber klar und deutlich festhalten, dass im Jahr 2019 bis auf die angesprochenen Punkte sehr gut gearbeitet worden ist und dankt allen Mitarbeitenden der Stadt sowie den Mitgliedern der Exekutivbehörde für ihr grosses Engagement zu Gunsten unserer Stadt. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt einstimmig, der Abnahme der Jahresrechnung 2019 gemäss den Anträgen des Stadtrats zu folgen und die Rechnung zu genehmigen.

### **Daniela Morf (SVP)**

Die SVP nimmt erfreut von der Tatsache Kenntnis, dass auch im Jahr 2019 wieder ein ansehnlicher Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken erarbeitet worden ist. Die Einlage in die Reserve ist wesentlich für die zukünftigen Investitionen der Stadt. Der Grund ist aber der Gleiche wie jedes Jahr, es ist eigentlich bereits ein Standard-Paragraf im Kommentar des Stadtrats zur Rechnung. Der Stadtrat schreibt, dass beim Fiskalertrag Mehrerträge von 18,2 Mio. Franken zu verzeichnen sind, welche auf Steuerauscheidungen und Ordentliche Steuern zurückzuführen sind. Das ist erfreulich, doch so grob wie dieses Jahr hat sich die Finanzabteilung der Stadt Adliswil beim Budget noch nie geirrt. 18,2 Mio. Franken entsprechen etwa 20% von unserem Steuersubstrat. Für die Zukunft sieht es allerdings weniger rosig aus. Die Swiss Re zieht grosse Teile von ihrer Belegschaft aus Adliswil ab, auch Hilti verlegt ihren Sitz nach Wädenswil. Es wäre interessant zu erfahren, mit welchen Strategien der Stadtrat neue Firmen nach Adliswil bringen will. Sonst bleibt bei der Jahresrechnung 2019 vieles beim Alten, Personalkosten steigen unvermindert an, dieses Jahr um 921'000 Franken oder 2,8%. Im Kommentar zur Jahresrechnung wird das aber nicht erwähnt. Hier spricht man lieber darüber, dass die Personalkosten gegenüber

dem Budget 700'000 Franken tiefer ausgefallen sind. Wenn man die Lohnkosten aber genauer anschaut, sind die Kosten für das Verwaltungspersonal gegenüber der Rechnung 2018 um 1'622'000 Mio. Franken oder um rund 9% angestiegen. Diese Tatsache ist dem Stadtrat in der Jahresrechnung keinen Kommentar wert. Irgendwie verständlich, denn was sollen die normalen Bürger denken, welche jetzt Kurzarbeit haben. Die wiederum steigenden Lohnkosten sind vermutlich unter anderem der Grund, warum die Vergleichszahlen von 2018 im Jahresbericht 2019 bei den Erfolgsrechnungsdetails fehlen. Das Fehlen der Vergleichszahlen wird damit begründet, dass in der Rechnung 2019 zum ersten Mal das neue Rechnungsmodell HRM2 zur Anwendung kam. Das ist aber nach unserer Ansicht Augenwischerei, HRM2 wirkt sich doch lediglich auf die Abschreibungen aus und nicht auf Personal- und Sachkosten. Interessanterweise sind im Reporting der einzelnen Ressorts zum Teil Vergleichszahlen von 2018 zu finden. Es scheint also fast so, als scheue man die Transparenz. Wie immer werden auch in der Rechnung 2019 die Kostenallokationen in den einzelnen Ressorts verändert, sodass ein Vergleich mit dem Vorjahr praktisch unmöglich ist. Man kann verschleiern so viel man will, aber es bleibt leider eine Tatsache, dass die zum Teil beeinflussbaren Kosten, Personal- und Sachaufwand, von 2018 auf 2019 um 1'196'000 Franken oder rund 2,5% gestiegen sind. Wenn man schauen möchte, ob den höheren Personalkosten auch mehr Personal gegenüber steht, wird man aber überrascht. Gemäss Stellenplan ist die Anzahl der Mitarbeiter gegenüber 2018 um 11,3 Stellen gesunken. Im Kommentar kann man dann nachlesen, dass verschiedene Stellen zwischen den Ressorts verschoben wurden. Es ist wirklich schwierig, sich ein objektives Bild zu machen. Die SVP-Fraktion macht sich nämlich ernsthaft Sorgen um die finanzpolitischen Aussichten unserer Stadt. Die Ausgabenseite ist offensichtlich sakrosankt und auf der anderen Seite trüben sich die konjunkturellen Aussichten zunehmend ein. Covid-19 wird die Stadtkasse bestimmt auch belasten und die Steuereinnahmen werden voraussichtlich ebenfalls tiefer ausfallen. Wie bereits oben erwähnt, das, weil grosse Steuerzahler die Stadt verlassen und entsprechende Löcher bei den Steuereinnahmen hinterlassen werden. Gleichzeitig stehen uns grosse Investitionen in unserer Infrastruktur bevor. Das wird unserer Meinung nach alles eine grosse Herausforderung für die Stadt werden.

Mit der Annahme der Linksgrünen Initiative, welche es der Stadt verbietet, Land zu verkaufen, ist und auch diese Finanzierungsquelle verbaut. Es wird also spannend. Wir hoffen wirklich, dass die unsicheren Zeiten, welche jetzt auf uns zukommen, den Stadtrat dazu veranlassen werden, den Tatsachen in die Augen zu schauen und die Kostenseite seriös anzugehen. Denn mit Intransparenz lassen sich Kosten vielleicht verschleiern, aber sicher nicht senken. Das heisst mit anderen Worten, sparen und unnötige Kosten vermeiden. Wir haben es bereits vom Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission gehört, es besteht Sparpotential und wir hoffen, dass auch die anderen bürgerlichen Parteien es so sehen und sich diesem Thema annehmen. Wir beantragen ebenfalls einstimmig, die Jahresrechnung 2019 zu genehmigen und danken dem Stadtrat und der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit und wünschen gleichzeitig viel Erfolg bei den anstehenden Herausforderungen.

### **Silvia Helbling (FDP)**

Dass die Jahresrechnung wiederum positiv mit rund 8,5 Mio. Franken und über dem Budget abschliesst ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass sich eine vorsichtige,

aber realistische Budgetpolitik auszahlt. Die FDP-EVP-Fraktion begrüsst diese Politik und ist erfreut über das positive Resultat. Dabei ist auch in diesem Jahr die gute Budgetdisziplin hervorzuheben, da wiederum alle Ressorts gegenüber dem Budget 2019 keine höheren Kosten ausweisen. Es ist richtig, dass der Stadtrat eine strikte Kostenkontrolle führt.

Die vergangenen Jahre waren durch ein stetiges Wirtschaftswachstum und grosse Steuereinnahmen, die vor allem von den juristischen Personen stammten, geprägt. Der Umgang mit diesem finanziellen Segen war weise: So konnten wir – vor HRM2 – über 40 Mio. Franken in ausserordentliche Abschreibungen stecken und künftige Rechnungen entlasten. Ebenfalls konnten wir seit HRM2 die finanzpolitische Reserve um 9 Mio. Franken äuffnen. Daneben haben wir auch den Steuerfuss moderat gesenkt und damit Adliswil attraktiver positioniert.

Die bürgerliche Finanzpolitik der letzten Jahre war also richtig und zahlt sich nun aus. Wir durchleben derzeit gemäss dem Internationalen Währungsfond (IWF) die grösste Wirtschaftskrise seit der Grossen Depression. Dies wird auch in Adliswil Folgen haben.

Die negativen Auswirkungen sind zwar erst in einigen Wochen weitgehend und umfänglich mit Zahlen unterlegt, aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen. Dies wird sicher auch die Finanzierung der bereits geplanten Investitionen stark beeinflussen. Dadurch wird die Verschuldung unumgänglich weiter steigen. Ein weiterer Faktor ist auch, dass die Annahme der Bodeninitiative der effizienten Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften einen Riegel schob und es noch schwieriger macht, einen ausgeglichenen städtischen Haushalt zu erreichen.

Daher ist es absolut zwingend, zusätzliche Investitionen kritisch auf ihre äusserste Dringlichkeit hinsichtlich der öffentlichen Aufgaben zu beurteilen. Ansonsten, falls diese nicht gegeben ist, müssen diese Projekte abgelehnt oder zumindest zurückgestellt werden. Dasselbe gilt natürlich auch für zusätzliche Ausgaben.

Die FDP-EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die im Jahr 2019 geleistete Arbeit und auch für die sehr gute Budgetdisziplin. Sie stimmt der Genehmigung der Jahresrechnung zu.

### **Esen Yilmaz (SP)**

Die Jahresrechnung 2019 weist einen Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken auf und schliesst somit 8.2 Mio. Franken tiefer als budgetiert! Die Differenz fliesst in die finanzpolitische Reserve. Damit verbunden ist das Eigenkapital um 15.1 Mio. Franken auf satte 96,1 Mio. Franken angestiegen, welche mehr als das Doppelte der langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen nachweist, diese liegen nämlich bei 46 Mio. Franken an. Zudem hat sich die projizierte Nettoverschuldung pro Einwohner nicht bewahrheitet, denn beim Budget spricht der Stadtrat von 2'589 Franken, effektiv sind es nur 812 Franken. Die anstehenden Investitionen sind gut kalkuliert und scheinen, ohne kalte Füsse zu bekommen, finanzierbar zu sein, da die gute bisher noch nie dagewesene Finanzlage das erlaubt. Gekürzte Ausgaben sind gerade im Bereich der Bildung mit 1,6 Mio. Franken zu hinterfragen. Ausgerechnet bei wachsenden Schülerzahlen und dem Bedarf der schulischen Bildung hat man hier gekürzt. Dies sollte nicht zu Lasten unseres Schulsystems, der Kinder und Lehrpersonen anfallen. Das Ressort Soziales, welches nach der Bildung über das

grösste Budget verfügt, hatte die Finanzen ebenfalls gekürzt. Hier ist die Differenz zum Budget um 0,55 Mio. Franken tiefer ausgefallen, was hoffentlich nicht zu Lasten der Bedürftigen und unserer älteren Bevölkerung ausfallen wird. Die Jahresrechnung scheint die Planung nach Budget und den gesetzlichen Vorgaben, trotz der merklichen Senkung beim Ressort Bildung und Soziales, zu widerspiegeln. An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit, welche nicht nur die finanzielle Zukunft unserer Stadt beeinflusst, für die wertvolle Arbeit danken. Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrats und empfiehlt die Jahresrechnung 2019 zu genehmigen.

### **Anke Würli (CVP)**

Wir können nicht von einem verflixten dreizehnten Jahr reden - ganz im Gegenteil. Bereits dreizehmal in Folge schliesst Adliswil das Jahr 2019 mit einer erfreulich positiven Rechnung ab.

Würden die Weinkenner unter uns von einem Jahrgangswein reden, so wäre nun der optimale Reifegrad erreicht. Er ist gut gelagert und hat den nötigen Satz - sprich die Reserve. Also ist nun genau der richtige Zeitpunkt erreicht, den Wein zu konsumieren.

Genau das wird nun auch mit unseren Reserven passieren. Wenn wir auf die Prognosen in der Jahresrechnung schauen, so müssen wir damit rechnen, dass sich der Selbstfinanzierungsgrad bereits in der Rechnung 2020 in die Richtung von 30% verändern wird. Dies liegt jedoch gemäss der fünfjährigen Finanzplanung des Stadtrats noch immer 10% über dem angestrebten Ziel von 20%. In der gleichen Art wird sich auch die Nettoverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner verändern. Der Stadtrat rechnet hier mit einer hohen, bis sehr hohen Verschuldung. Oder wenn wir beim Wein bleiben, bedeutet dies, dass unser Jahrgangswein schnell getrunken sein wird.

Im Budget 2019 wurde mit einem leichten Ertragsüberschuss von rund 300'000 Franken gerechnet. In der vorliegenden Jahresrechnung zeigt sich einmal mehr, dass die gesamte Verwaltung durchaus in der Lage ist, wo es nötig und sinnvoll ist, an der Sparschraube zu drehen. Dies verdient unser Lob und unsere Anerkennung. In jedem einzelnen Bereich konnten Einsparungen erzielt werden.

Die Form und die Darstellung der Jahresrechnung kommen nun zum zweiten Mal in der gleichen übersichtlichen Art daher. Hier zeigt sich leider aber auch die Tücke der Materie. Die gleichbleibenden Begründungen werden mit Copy & Paste übertragen. Dies macht aber nur Sinn, solange es sich um die wirklich gleiche Begründung handelt wie im Vorjahr. Es sollte ebenfalls darauf geachtet werden, dass der ganze Satz übertragen wird. Ansonsten verliert das Geschriebene an Professionalität. Das gleiche gilt auch für die Kommentare. Dabei sticht ein Satz auf Seite 151 besonders hervor: "Die ausgewiesenen Zahlen lassen vermuten, dass ein zusätzliches Kleinfahrzeug für die Feuerwehr angeschafft wurde."

Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Jahresrechnung 2019 auf Vermutungen basiert. Doch zumindest die Zahlen und Fakten lassen sich übersichtlich und gut nachvollziehen. Obwohl die Umstellung auf HRM2 eine direkte Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr verunmöglichte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die CVP/GLP-Fraktion diesem Jahrgang seine Zustimmung erteilt und beim Ausschicken gerne mitgestaltet. Gerne stimmen wir der Jahresrechnung 2019 und somit dem Antrag des Stadtrats zu.

## **Daniel Frei (FW)**

Die Jahresrechnung der Stadt Adliswil schliesst erneut mit Ertragsüberschuss ab. Mit dem stolzen Plus von 8,541 Mio. Franken sind dies 8,2 Mio. Franken mehr als budgetiert. Zu diesem Überschuss haben nicht nur die fiskalischen Mehreinnahmen bei juristischen wie auch privaten Personen beigetragen, sondern auch, dass sämtliche Ressorts unter den budgetierten Kosten abgeschlossen haben.

Insbesondere bei der Budgetdisziplin darf man an dieser Stelle allen verantwortlichen Vertretern des Stadtrats, der Verwaltung und sämtlichen Mitarbeitern der Stadt Adliswil ein herzliches Dankeschön aussprechen! Den Steuerzahler freut dies natürlich – Gut gemacht!

Genau die zwei Dimensionen Steuereinnahmen und Budgetplanung der einzelnen Ressorts brauchen aber für die Budgetplanung 2021 besondere Aufmerksamkeit.

Uns ist allen bewusst, dass wir durch die schwer abzuschätzenden Auswirkungen des Lockdowns vor herausfordernden Jahren stehen. Jetzt schon konkrete Zahlen bezüglich Steuereinnahmen bei den privaten wie auch bei den juristischen Steuer rückgängen zu nennen, ist äusserst schwierig. Ich wäre froh, wenn, wie Silvia hofft, das Ganze nur wenige Wochen dauern würde. Dann könnten wir viel besser planen. Dass der Zeiger sich nach vielen erfreulichen und absolut richtigen Steuersenkungen wieder einmal in eine andere Richtung bewegt, dürfen wir nicht ausschliessen und auch nicht darüber überrascht sein. Dass die Budgets alle eingehalten wurden, ist nicht nur auf die Budgetdisziplin zurückzuführen, auch wenn die Freien Wähler keineswegs Leistungen der Verantwortlichen schmälern wollen. Sie hatten einen Auftrag, welcher super ausgeführt wurde.

Können wir uns trotzdem die Frage stellen, ob wir vielleicht bei gewissen Budgets aufgrund der guten Situation ein wenig zu grosszügig waren? Ein hohes Budget als Vorgabe macht es definitiv einfacher, es auch einzuhalten.

Wir dürfen nun nicht blind und im Giesskannenprinzip den Rotstift ansetzen, aber es wird in Zukunft wichtig sein, die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer Ausgabe noch mehr zu hinterfragen. Insbesondere im Ressort Tiefbau sehen wir in der Budgetierung grosses Potential. Jahr für Jahr wird eine grosse Liste von Projekten ins Budget gestellt und am Ende des Jahres weist man Einsparungen aus, weil diverse Projekte aus Kapazitätsgründen nicht ausgeführt oder verschoben werden. Dies sind eigentlich keine Einsparungen, sondern es wurde vielleicht zu optimistisch budgetiert in die falsche Richtung. Wir müssen also vorhandene Luft wo immer möglich rauslassen.

Die zu tiefen gebührenfinanzierten Wasser- und Abwassergebühren wurden auf den 1. Januar 2020 nach oben korrigiert. Die Abfallgebühren sind aber weiterhin zu hoch. Konsequenterweise und aus Fairness dem Bürger gegenüber müssten nun die Abfallgebühren nach unten korrigiert werden, sonst haben wir einen Widerspruch.

Die Rechnung 2019 macht Freude; die Schönwetterzeit ist aber wahrscheinlich bald vorbei und das Wasser wird stürmischer. Nun können wir auf allen Ebenen zeigen, was wir können. Ich bin überzeugt, dass wir das können.

Selbstverständlich nehmen wir von den Freien Wählern die gute Rechnung 2019 auch ab und danken allen Beteiligten für das hervorragende Resultat. Auch wenn es immer mal wieder kleine Kritikpunkte gibt, ohne die wird man es nie schaffen.

Jetzt nehme ich noch die Gelegenheit wahr für eine kleine persönliche Erklärung. Ich finde es absolut legitim, wenn man persönlich eine geheime Abstimmung verlangt, das will ich niemandem verbieten. Ich finde es aber traurig und schade, wenn ich dastehe als gewählter Politiker und nicht das gleiche Resultat einlege bei einer geheimen oder nicht geheimen Wahl. Wenn ich als Politiker nicht zu einem Ja oder Nein stehen kann, ist das sehr schade. Auch ich bin nicht immer zu 100% für ein Ja oder ein Nein - bin im Zweifel, aber am Schluss stehe ich zu dem, was ich sage.

### **Stadträtin Karin Fein**

Ich danke der Rechnungsprüfungskommission für die wertschätzende Prüfung und allen Rednerinnen und Rednern für ihre Kommentierung. Ich möchte kurz auf zwei Voten eingehen, zum einen zu den Ausführungen von Daniela Morf. Es hat nichts mit Verschleierung oder nicht gewollter Transparenz zu tun (denn ich bin eine grosse Verfechterin von Transparenz), dass wir den Vergleich in der Erfolgsrechnung 2018 zu 2019 nicht abgebildet haben. Der Wechsel von HRM1 zu HRM2 hat unter anderem mit sich gebracht, dass gewisse Aufwandarten, wie der Personalaufwand, stark gestiegen sind. Beispielsweise wird neu der Personalaufwand, welcher bisher unter "Sachaufwand" geführt wurde, weil er eine Dienstleistung Dritter war, nun im "Personalaufwand" ausgewiesen. Das will verhindern, dass falls Personalkürzungen vorgenommen werden, Dienstleistungen dritter aufgebaut würden. Immer dann, wenn ein Sachaufwand eigentlich einen Personalaufwand ersetzt, muss man – unter HRM2 – das als Personalaufwand ausweisen. Deshalb ist natürlich in der HRM2-Rechnung der Personalaufwand 2019 so stark gestiegen.

Dann möchte ich zu Esen Yilmaz kurz etwas sagen: Du sagst, beim Budget des Sozialen und der Schule sei gespart worden. Es wird nicht gespart, denn die Verwaltung und jedes Ressort befolgt eigentlich einfach die Ausgabenmaxime, die wir im öffentlichen Haushalt haben, nämlich, dass wir die gesetzten Ziele mit möglichst geringem Aufwand erreichen sollen. Ich persönlich bin sehr dankbar, dass alle Ressorts dieser Maxime im vergangenen Jahr so gut nachgekommen sind.

Die Jahresrechnung ist einerseits ein Rückblick aber andererseits bildet sie die Grundlage für die finanzielle Zukunft der Stadt Adliswil. Drei Themen charakterisieren den Finanzhaushalt per Ende 2019 und sind für die finanzielle Entwicklung unserer Stadt in Zukunft von grosser Bedeutung – das Eigenkapital, die Verschuldung und die Unternehmenssteuern.

Per Ende 2019 präsentiert sich der Finanzhaushalt in einer sehr gesunden Verfassung. Das Eigenkapital hat sich auf 96 Mio. Franken erhöht. Wir benötigen dieses Eigenkapital, weil damit unsere Kreditwürdigkeit für die anstehenden Investitionen gestärkt wird. Es ist jetzt auch genug hoch, um vielleicht ein künftiges Verlustjahr auffangen zu können.

In den letzten beiden Jahren hat die Stadt Adliswil rekordhohe Investitionen im Umfang von 72 Mio. Franken realisiert. Das hohe Investitionsvolumen wurde durch Aufnahme von langfristigem Fremdkapital finanziert, so dass die Stadt Adliswil per Ende 2019 über den gesamten Haushalt eine Nettoschuld von 15,3 Mio. Franken aufweist. Die Nettoschuld pro Einwohner/in beträgt per Ende 2019 812 Franken, was deutlich tiefer als budgetiert ist. Aber wenn man das Ende des Finanzplanes betrachtet, wird sie massiv ansteigen bis auf über 5'000 Franken. So sind die 812 Franken im Quervergleich immer noch sehr gering.

Wie bereits erwähnt weist die Jahresrechnung 2019 der Stadt Adliswil bei einem Aufwand von 149 Mio. Franken und einem Ertrag von 157 Mio. Franken einen Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken aus. Nebst der Tatsache, dass sämtliche Ressorts unter den budgetierten Kosten abgeschlossen haben, ist der erfreuliche Abschluss hauptsächlich auf Mehreinnahmen beim Fiskalertrag zurückzuführen. Als Folge der Mehreinnahmen musste die Stadt Adliswil aber rund 14 Mio. Franken höhere Rückstellungen für den Beitrag in den kantonalen Finanzausgleich bilden. Ich würde Sie gerne darauf hinweisen, dass Sie neu mit dem HRM2 die viel bessere Übersicht gewinnen können über unsere Steuerarten, welche wir in Adliswil haben. Das erleichtert ein Urteil darüber, wer unser verlässliches Steuersubstrat ist und wo wir die Risiken haben. Das wurde sehr schön dargestellt in der Jahresrechnung. Das verlässliche Steuersubstrat ist gottseidank gestiegen und das Steueraufkommen der natürlichen Personen ist in den letzten Jahren auch kontinuierlich gestiegen. Hingegen bei den juristischen Personen sieht man schon im Jahr 2019, dass es problematisch wird. Sie haben heute die Meldung bekommen, dass sich die Aussichten in den Finanzen auf den Abschluss 2020 deutlich verschlechtert haben. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen "at risk", also für mich nicht nachhaltig, sind. In dieses Kapitel gehört auch die Steuerauscheidung. Die Steuerauscheidungen, welche wir dieses Jahr in der Rechnung haben, waren ursprünglich im 2018 geplant und kommen jetzt im 2019. Deshalb liegt unser Budget so massiv daneben. Ähnlich wird es uns noch einmal ergehen und zwar im 2021, dann gibt es nochmals eine grosse Steuerauscheidung, wobei diese nur noch knapp halb so hoch sein wird wie im 2019. Nachher wird das voraussichtlich einfach mal weg sein. Das heisst, dies ist nicht nachhaltig.

Für die Zukunft spielt die Struktur unserer Steuererträge eine wichtige Rolle – weil sich die finanzielle Lage einer Stadt nur anhand ihrer Steuereinnahmen beurteilen lässt. Am Schluss zählt nämlich, ob die Steuereinnahmen unsere Haushaltsausgaben decken können. Bisher hatten wir dank den ausserordentlichen Einnahmen immer einen Überschuss. Was die Zukunft bringt, werden wir sehen.

Das Investitionsvolumen ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, weil dieses zum Verschuldungssatz führt. Im Rechnungsjahr 2019 konnten nicht alle budgetierten Investitionen realisiert werden. Einige Investitionen verschieben sich in dieses oder in die nächsten Jahre. Die realisierten Investitionen sind im Vergleich zu früheren Jahren aber immer noch überdurchschnittlich hoch. Wir konnten sie mittels Cashflow mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 52% finanzieren. Das ist immer noch sehr vorteilhaft und wird sich irgendwann auf 0% herunter bewegen. Dann nämlich, wenn die Steuereinnahmen gerade noch reichen, um die Ausgaben in der Erfolgsrechnung zu decken. Dann haben wir keinen Cash mehr für die Investitionen. Das wird dann der Moment sein, wo wir jede einzelne Neuinvestition zu 100% fremdfinanzieren müssen.

Eine der grossen Herausforderungen wird sein, die Ausgangslage für diese Fragen: Wie gelingt es uns, die Investitionen zu finanzieren? Wie nachhaltig sind unsere Steuererträge? Die hat sich in der vergangenen Woche gemäss Konjunkturprognose dramatisch verschlechtert. Kombiniert mit dem Wegfall der massiven Steuerauscheidungen warten mit dem Budget 2021 und dem Finanzplan 2020-2024 also eine sehr grosse Herausforderung auf uns alle.

## **Ratspräsident Sebastian Huber**

Nach Abschluss der Grundsatzdebatte kommen wir zur Detailberatung. Wie Sie wissen, genehmigen wir mit 20 Beschlüssen die Jahresrechnung und den Jahresbericht zu den einzelnen Produktgruppen, die Investitionsrechnungen des Verwaltungs- und des Finanzvermögens sowie die Gewinnverwendung. Falls Sie Fragen und Bemerkungen zu einzelnen Produktgruppen haben, können Sie diese gerne bei den entsprechenden Ziffern stellen.

Bevor ich in die einzelnen Beschlüsse einsteige, frage ich Sie, ob Sie Fragen und Bemerkungen zu den Kapiteln "Die Jahresrechnung im Überblick" (Seiten 1 bis 16) oder "Erfolgsrechnung nach Sachgruppen-Details" (Seiten 17 bis 23) haben.

Das ist nicht der Fall. Entsprechend fahren wir fort gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission:

### **Detailberatung**

**Ziffer 1** Für die Produktgruppe A Behörden und politische Rechte (Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Schulpflege, Baukommission, Sozialkommission, Friedensrichteramt, Abstimmungen und Wahlen) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 1'877'168 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 2** Für die Produktgruppe B Kultur und Bibliothek (Kultur, Bibliothek) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 910'827 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 3** Für die Produktgruppe C Einwohnerkontakte (Einwohnerwesen, Zivilstandswesen, Bestattungswesen, Einbürgerungen, Stadtammann- und Betreibungsamt) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 1'352'535 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 4** Für die Produktgruppe D Finanzen (Dienstleistungen für Dritte, Tresorerie, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Liegenschaften Finanzvermögen) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoertrag von 2'841'295 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 5** Für die Produktgruppe E Steuern (Ordentliche Steuern, Quellensteuern, Grundsteuern, Steuerausscheidungen, Nach- und Strafsteuern) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoertrag von 92'123'392 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 6** Für die Produktgruppe F Raumplanung (Bau, Planung) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 313'044 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 7** Für die Produktgruppe G Verkehr (Öffentlicher Verkehr, Verkehrsnetz) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 4'676'861 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 8** Für die Produktegruppe H Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Stadtentwässerung, Abfall) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoertrag von 2'314'949 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 9** Für die Produktegruppe I Landschaft (Wald/Bäche/Wiesen, Grünraum im Siedlungsgebiet, Landwirtschaft) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 1'304'313 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 10** Für die Produktegruppe J Sicherheit und Gesundheit (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Ziviles Gemeindeführungsorgan, Gesundheitsschutz und -versorgung) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 3'938'705 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 11** Für die Produktegruppe K Sport, Sportanlagen (Hallen- und Freibad, Sportanlage Tüfi, übrige Sportanlagen, Schiesswesen, Sportunterstützung und Gesundheitsprävention) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 2'735'742 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 12** Für die Produktegruppe L Soziale Sicherung (AHV-/IV-Zusatzleistungen, Beiträge zur sozialen Sicherung, Krankenversicherungsschutz, persönliche und wirtschaftliche Hilfe, Pflegefinanzierung) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 23'410'046 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 13** Für die Produktegruppe M Soziale Dienstleistungen und Beratung (Altersfragen, Beiträge Soziale Dienstleistungen, Jugend, Freiwilligenarbeit, Integration, Kinderbetreuung) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 1'099'140 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 14** Für die Produktegruppe N Volksschule (Kindergarten/Primarschule, Sekundarschule) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 32'715'143 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 15** Für die Produktegruppe O Spezielle Förderung (Externe Sonderschulung, Therapie und Abklärung, Beratung und Förderung) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 5'764'327 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 16** Für die Produktegruppe P Schulergänzende Leistungen (Schulergänzende Betreuung, Musikschule) wird die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht 2019 mit einem Nettoaufwand von 2'012'566 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 17** Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 40'556'168.88 Franken und Einnahmen von 2'055'116.09 Franken mit einer Nettoinvestition von 38'501'052.79 Franken wird genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 18** Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens mit Ausgaben von 993'032.65 Franken und Einnahmen von 0.00 Franken mit einer Nettoinvestition von 993'032.65 Franken wird genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 19** Es wird eine Einlage in die finanzpolitische Reserve in der Höhe von 4'500'000 Franken genehmigt.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 20** Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von 8'541'480.94 Franken wird dem Bilanzüberschuss zugewiesen.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 21** Dieser Beschluss ist vom Referendum ausgeschlossen.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 22** Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-20 im amtlichen Publikationsorgan.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

**Ziffer 23** Mitteilung von Dispositivziffer 1-20 an den Stadtrat.

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

#### **Schlussabstimmung**

Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

**Sie haben der Vorlage mit 33 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.**

Damit haben Sie die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2019 genehmigt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

## **5. Geplante Verkehrsentwicklung (GGR-Nr. 2019-122)**

Interpellation von Stefan Neubert (GLP) und Mitunterzeichner vom 2. Oktober 2019

### **Stefan Neuber (GLP)**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mein Votum so kurz wie möglich halten. Zuerst möchte ich mich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation bedanken. Ich begrüsse es, dass der Stadtrat relativ viele Verkehrsmessstellen installiert hat und somit gute Grundlagen für eine faktenbasierte Verkehrsplanung schafft.

Wie sollte Adliswil in 20 Jahren aussehen? Haben Sie sich das schon einmal überlegt? Wollen wir ein Zentrum, wo man sich auch als Fussgänger gerne aufhält? Oder soll Adliswil weiterhin eine dreifach getrennte Stadt bleiben, welche durch die Sihl, die Bahn und die Sihltalstrasse durchschnitten wird? Wie gehen wir mit der rasanten Entwicklung der Stadt um? Wo fliesst der Verkehr durch, welcher die unzähligen Neubauprojekte in der Stadt unweigerlich generiert? Welche Art von Mobilität wollen wir?

Haben Sie sich diese Fragen schon einmal gestellt? Nicht? Wenn ich die vorliegende Antwort vom Stadtrat auf die Interpellation lese, bin ich mir nicht sicher, ob der Stadtrat eine klare Haltung dazu hat. Dabei wäre es wichtig, dass wir als Stadt uns diese Gedanken machen. Nur so können wir unsere Ziele auch in die regionale Verkehrsplanung einbringen.

In der Antwort auf die Interpellation steht, Zitat: "Obwohl verschiedene Massnahmen in den vergangenen 20 Jahren zu einer Reduktion des Verkehrs geführt haben, begrüsst der Stadtrat jede weitere Entlastung des Zentrums, speziell vom reinen Durchgangsverkehr." Zitat Ende. Das fasst die bisherige Haltung recht gut zusammen: man hat dank der Westumfahrung gewisse Verbesserungen beim Durchgangsverkehr erreicht, ruht sich jetzt auf diesen Lorbeeren aus und begrüsst weitere Verbesserungen, wenn sie sich ergeben. Aus meiner Sicht reicht es eben nicht, solche Entwicklungen nur zu begrüssen. Man muss sie aktiv fordern und angehen. Dazu muss man auf lokaler Ebene einen Entscheid treffen, den man dann in den übergeordneten regionalen und kantonalen Planungen einbringen kann. Wenn man solche Entwicklungen nur als Geschenke von übergeordneten Gremien begrüsst, dann wird sich nicht so schnell etwas ändern.

Eine gute Gelegenheit, sich aktiv einzubringen, wäre das regionale Gesamtverkehrskonzept Zimmerberg gewesen. Dieses liegt gemäss Interpellationsantwort zur Vernehmlassung vor und hätte im ersten Quartal 2020 vom Stadtrat verabschiedet werden sollen. In dieses Dokument hätten die zentralen Adliswiler Anliegen einfließen sollen. Und zwar mit einer klaren und möglichst breit abgestützten Position. Aufgrund der Antwort auf die Interpellation frage ich mich aber, ob der Stadtrat über eine solche Position überhaupt verfügt. Bis jetzt hat der Stadtrat über diese Ankündigung hinaus nichts kommuniziert.

Ich möchte den Stadtrat einladen, sich intensiv mit den genannten Fragen auseinanderzusetzen. Man kann dieses Anliegen auch nicht als links-grünes Projekt abtun. Es ist auch vielen Bürgerlichen wichtig, dass der Verkehr sich geplant entwickelt.

Wenn man sich mit den Fragen auseinandersetzt, bin ich sicher, dass man auch einen Konsens findet. Dieser umfasst mit grosser Sicherheit die folgenden Elemente:

- Das Zentrum und die Albisstrasse sollen vor allem vom Durchgangsverkehr entlastet werden.
- Der Verkehr soll auf die Sihltalstrasse verlagert werden.
- Neue Verkehrsquellen sollen frühzeitig eingeplant werden.

Hat man sich einmal geeinigt, kann man diesen Konsens auch mit voller Kraft umsetzen. Dass dies momentan noch nicht der Fall ist, zeigt der Umstand, dass viele naheliegende Massnahmen noch nicht umgesetzt sind. So ist z.B. die in der Antwort auf die Interpellation erwähnte Verkehrsdosieranlage an der Albisstrasse noch nicht umgesetzt. Auch, dass der Verkehr zwar an den Einfallstrassen gemessen wird, nicht aber im Zentrum, sagt etwas über die Prioritätensetzung aus. Vor allem gäbe es auch noch viele weitere Möglichkeiten und Massnahmen, um diese Ziele umzusetzen. So wäre es insbesondere bei neuen Gebietsentwicklungen und Bauprojekten wichtig, dass eine sehr gute Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt wird.

Fairerweise muss man auch erwähnen, dass der Stadtrat schon einige Schritte in die richtige Richtung erwirkt hat. Dazu gehört sicher die Abklassierung von der Sihlthalstrasse zwischen Sood und Poststrasse sowie die Umgestaltung der Zürichstrasse mit einer Verkehrsdosieranlage. Doch zu oft sind solche Elemente noch Stückwerk, denkt man z.B. an die Moosstrasse, welche dem zukünftigen Mehrverkehr vom ZIS-Ausbau und der Gebietsentwicklung Dietlimoos/Moos wahrscheinlich nicht standhalten kann, als nur eines von vielen Beispielen. Eine positive Verkehrsentwicklung gelingt nur, wenn man eine klare Idee und eine saubere Planung hat.

Der Stadtrat hat erwähnt, dass er zusammen mit der Bau- und Zonenplanung eine neue kommunale Verkehrsplanung erarbeiten will. Ich begrüsse das sehr. Vier bis fünf Jahre bis zur Realisierung scheinen mir aber doch ziemlich lange. Eine frühere Debatte mit dem nötigen Weitblick würde sicher dazu beitragen, dass wir in 20 Jahren auf eine positive Entwicklung zurückblicken können.

### **Patrick Sager (FDP)**

Adliswil wird weiterwachsen und mit steigender Einwohnerzahl auch der Verkehr. Wir sind den Interpellanten dankbar, dass sie dieses Thema Verkehr bzw. Mobilität aufgebracht haben. Verkehr lässt sich aber nicht einfach so planen, denn es sind hunderte, gar tausende Einzelentscheide von Adliswilerinnen und Adliswilern und anderen, welches Verkehrsmittel sie für welchen Zweck benutzen. Dabei darf nie vergessen werden: Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ist ein zentraler Faktor für städtische Lebensqualität und auch Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort!

Wir alle kommen sehr gerne rasch und stressfrei von A nach B. Man findet aber immer nur den Verkehr gut, mit dem man selber unterwegs ist, nicht aber denjenigen von allen anderen. Die verschiedenen Verkehrsmittel erfüllen unterschiedliche Funktionen und unterschiedliche Bedürfnisse. Wir von der FDP-EVP-Fraktion fordern entsprechend das Recht der freien Wahl des Verkehrsmittels. Die Politik soll dafür sorgen, dass die verschiedenen Verkehrsträger konfliktfrei nebeneinander genutzt werden können, denn nur so können die zukünftigen Mobilitätsanforderungen erfüllt werden. So gewinnt beispielsweise der sogenannte Langsamverkehr insbesondere in städtischen Gebieten immer mehr an Bedeutung. Das war auch einer der Gründe, weshalb die FDP dem Veloverkehrskonzept im letzten Herbst zugestimmt hat. Und auch, weshalb wir mit dem Postulat von Reto Buchmann forderten, die Stadt Adliswil solle sich offen gegenüber E-Trottinets und E-Velos an den Bahnhöfen zeigen. Leider haben Sie das nicht unterstützt.

Für eine effiziente, kostengünstige und nachhaltige Mobilität bedarf es einer ausgewogenen Gesamtverkehrsstrategie unter Einbezug aller relevanten Verkehrsträger. Nötig dafür ist die Überwindung des in der Schweizer Verkehrspolitik weit verbreiteten Lagerdenkens. Eine liberale Verkehrspolitik setzt auf die freie Wahl und das Miteinander der Verkehrsmittel. Und sie setzt auf Kostenwahrheit, bspw. in Form von CO<sub>2</sub>-Abgaben und Mobility Pricing bei allen Verkehrsträgern. Das Potential von neuen Technologien und Ansätzen (z.B. selbstfahrende Fahrzeuge, sharing Economy usw.) gilt es zu nutzen und unsere verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen intelligent weiterzuentwickeln. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass neben dem stark geförderten öffentlichen Verkehr auch der Individualverkehr seine Berechtigung hat. Plötzlich soll man den öffentlichen Verkehr meiden.

Die Stadt Adliswil soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherstellen, dass der Verkehr effizient bewältigt werden kann. Damit dies möglich ist, braucht es Massnahmen beim öffentlichen Verkehr wie auch beim individuellen Verkehr auf der Strasse, welche nicht einfach mit Verboten gemeistert werden können, sondern es erfordert intelligente Lösungen, technologischen Fortschritt und Innovation. Um Suchverkehr zu vermeiden, sind genügend Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Das gilt vor allem für das Zentrum, wo Läden und Gewerbebetriebe auf schnellen Zugang angewiesen sind. Wir haben es an der letzten Gemeinderatssitzung bereits von Silvia Helbling gehört, dass die Ortsbuslinien stark defizitär sind und teilweise sehr tiefe Kostendeckungsgrade haben (der Ortsbus in den Büchel hat einen Kostendeckungsgrad von 55%, der 152er sogar nur einen von 33%). Hierbei muss man sich schon fragen, ist es wirklich sinnvoll, Mobilität so stark zu subventionieren? Wie sieht es mit Kostenwahrheit aus? Oder eben, gibt es noch andere, effizientere Methoden wie Sharing-Economy-Modelle?

Für uns ist wichtig, dass der öffentliche Verkehr nicht durch Tempo-30-Zonen oder andere Behinderungen verlangsamt wird. So treibt Tempo 30 die Kosten des öffentlichen Verkehrs weiter in die Höhe oder aber führt zu einem Abbau des Fahrplans. Ebenfalls lehnt die FDP die Einrichtung von Tempo-30-Zonen auf Hauptstrassen ab: Der Anreiz, Quartierstrassen zu meiden, würde sonst wegfallen. Zudem soll der Verkehr auf Hauptstrassen kanalisiert werden. Zuletzt hätten wir es begrüsst, wenn man sich eben auch mit modernen Mobilitätsformen (E-Bike, E-Trotinett, sharing economy) auseinandergesetzt hätte. Das, meine Damen und Herren, wäre zukunftsfähig.

Der Verkehr lässt sich nicht einfach wegplanen. Wie gesagt, es sind die Einzelentscheidungen der Adliswilerinnen und Adliswiler. Wir alle sind auf ein leistungsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir wehren uns dagegen, dass die Lenkung des Verkehrs allein durch Massnahmen wie Lichtsignale, Einbahnstrassen und Temporeduktionen erfolgt. Wir hoffen, dass diejenigen, die sich über die (Zunahme der) LKW-Fahrten im Stadtzentrum aufregen, sich dann auch gegenüber der Idee, die Industriezone an die Autobahnausfahrt Lätten zu verlegen, offen zeigen, denn dadurch könnten die LKW-Fahrten im Stadtzentrum reduziert werden.

Wir freuen uns deshalb auf den neuen Verkehrsrichtplan des Stadtrats und fordern den Stadtrat dabei auf, die Bedürfnisse der Adliswilerinnen und Adliswiler an erste Stelle zu setzen.

### **Sait Acar (SP)**

Die SP-Fraktion begrüsst die Fragen in der Interpellation. Wir glauben allerdings, dass es noch eine Reihe von offenen Fragen im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklung gibt, die ebenfalls dringend gestellt werden müssten.

Die Fragen der Interpellanten beziehen sich in erster Linie auf den Durchgangsverkehr. Es ist erfreulich, dass dieser nach der Eröffnung des Uetlibergtunnels und der A4 im Säuliamt deutlich zurückgegangen ist. Ein nicht unwesentlicher Anteil des Verkehrs innerhalb von Adliswil ist aber nicht dem Durchgangsverkehr zuzurechnen. Zwei Beispiele:

- Vermutlich jeder hier in diesem Raum hat schon den nachmittäglichen Stau in der Soodstrasse erlebt. Mit der Erhöhung der Taktfrequenz der Sihltalbahn ab

Ende dieses Jahrzehnts wird sich diese Situation ohne entsprechende Massnahmen drastisch verschärfen, weil ein grosser Teil des Verkehrs, welcher jetzt über den Bahnübergang Sood auf die Sihltalstrasse abfliesst, dann ebenfalls über den Kreisverkehr an der Bahnhofsbrücke fließen wird, wenn nicht die Überquerung der Bahngleise neu gelöst wird. Die verbleibende Zeit wird immer knapper. Wir wissen von anderen grossen Bauprojekten, wieviel Zeit von der Planung bis zur Umsetzung vergeht. Wir würden gerne wissen, welche Konzepte die Stadt für die Soodstrasse bzw. den Bahnübergang Sood hat und wie ein anderer, neuer Zeitplan aussieht.

- Am Soodring – oder wie die neu gestaltete Strasse im Verlauf der Sihltalstrasse in Zukunft auch immer heissen wird – werden in naher Zukunft zwei Einkaufsmärkte eröffnet. Dies wird zu neuen Verkehrsströmen – innörtlichen Verkehr wie auch Verkehr aus den benachbarten Gemeinden – führen. Ist dies bereits in das Verkehrskonzept eingeflossen? Wo soll dieser zusätzliche Verkehr fließen? Ist an eine Anpassung des Ortsbusnetzes gedacht, um die Einkaufsmärkte mit öffentlichem Verkehr erreichbar zu machen? Wird es möglich sein, diese Einkaufsmärkte bequem und sicher mit dem Velo zu erreichen?

Ausserdem ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass in der Interpellation wie auch in der Antwort der Veloverkehr zu kurz kommt. Durch den Einsatz von E-Bikes werden heute wieder längere Strecken mit dem Zweirad zurückgelegt. Berücksichtigt das Verkehrskonzept der Stadt diese Tatsache, indem es beispielsweise gemeinsam mit dem Kanton den überregionalen Veloweg entlang der Sihl besser ausbaut und beschildert?

Für 2024 hat der Stadtrat einen neuen Richtplan für den Fuss- und Veloverkehr angekündigt. Die SP-Fraktion erwartet diesen Richtplan mit Interesse, wäre aber auch daran interessiert, bereits früher Details über die beabsichtigten Änderungen im Richtplan zu erfahren.

### **Harry Baldegger (FW)**

Vorweg, wir Freien Wähler sind mit der Beantwortung vom Stadtrat nicht zufrieden. Eigentlich hätten wir uns viel mehr konkrete Antworten erhofft.

In der Vergangenheit wurden dem Grossen Gemeinderat immer wieder Geschäfte zur Genehmigung vorgelegt, in denen Sonderbauvorschriften und Gebietsentwicklungen der Inhalt waren. So zum Beispiel der Gestaltungsplan Dietlimoos-Moos, das Zentrum Süd etc.

Die Freien Wähler Adliswil hatten sich bereits an der Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 2019 einmal zum Verkehrskonzept geäussert. Damals wünschten wir vom Stadtrat im Zusammenhang mit Traktandum 5; Zentrum Süd, Festsetzung Sonderbauvorschriften eine Gesamtschau über alle Konsequenzen der verschiedenen Gebietsentwicklungen, nicht isoliert für jedes einzelne Projekt. Nun, damals hat uns der Stadtrat eine Gesamtschau versprochen, aber wenn dem so wäre, dürften die Antworten auf die vorliegende Interpellation etwas genauer ausfallen. Es wurde aber nur ein Thema aus der Gesamtschau herausgepickt, nämlich das kommunale Verkehrskonzept.

Es hat sich bei der Beantwortung der Fragen klar gezeigt, dass den verschiedenen Planungs- und Entwicklungsgebieten bezüglich einer Aktualisierung des Verkehrskonzepts nicht genügend Rechnung getragen worden ist. Der übliche Ansatz von

20 bis 30 Jahren für eine reguläre Überarbeitung des Verkehrskonzepts kann hier nicht gut angewendet werden, da seit 1999 sehr viel in Adliswil in Bezug auf Quartier-Entwicklung passiert ist. Wir werden bestenfalls vom Stadtrat etwa nach 26 Jahren eine überarbeitete Version des Verkehrskonzepts erhalten, das heisst ca. 2026. Dies reicht bei Weitem nicht aus, denkt man an den Zuwachs der neuen Quartiere Grüt, Dietlimoos, Moos und Sunnau im Norden von Adliswil, der Ausbau der Industrie in der Umgebung der Soodstrasse und natürlich das Zentrum Süd. Hier sehen wir freien Wähler dringenden Handlungsbedarf, das Verkehrskonzept viel früher abzuschliessen.

Ganz interessant war die Erwähnung des Entlastungsprojekts Nordumfahrung Adliswil: es soll einen zweispurigen Tunnel zwischen Sihltalstrasse und Anschluss A3 in Wollishofen geben. Da bin ich aber sehr gespannt, denn davon hatten sicher die wenigsten in dieser Turnhalle schon mal was gehört. Ich bin auch sehr gespannt, wann dieses Projekt in den Finanzplan aufgenommen werden wird. Einen grossen Teil würde ja der Kanton übernehmen, doch wieviel müsste Adliswil bezahlen? Ich bin dann auch gespannt, wie das am Biotop hinter der Tüfi vorbei gehen wird. Dieser Anschluss würde sicher sehr viel helfen, das starke Verkehrsaufkommen in die Soodstrasse zu reduzieren, welches übrigens beim Auflisten in der Frage 2 vergessen ging. Über diese Arbeiten, Resultate und Konzepte würden wir gerne mehr erfahren und laden den Stadtrat ein, uns jeweils laufend und unaufgefordert über solche Projekte zu informieren.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein spontaner Gedanke.

Beim Durchlesen der Antworten des Stadtrats habe ich mir die Frage gestellt, wie der Grosse Gemeinderat in Zukunft mit gutem Gewissen weiterhin Gebietsentwicklungsgeschäfte behandeln oder ihnen sogar zustimmen soll, wenn das Kommunale Verkehrskonzept erst in Bearbeitung ist und es unsicher ist, ob wir es überhaupt haben werden?

### **Daniel Schneider (GP)**

Wir stimmen mit den Interpellanten überein, dass Fragen bezüglich der Verkehrsplanung in Adliswil gerechtfertigt und auch sehr wichtig sind. Die Notwendigkeit, auf den vom Kanton Zürich prognostizierten Verkehrsanstieg von 10% zu reagieren, versteht sich von alleine. Adliswil hat sich sehr stark entwickelt und wird weiter wachsen. Da genügt es nicht, nur für einzelne Gebiete ein Verkehrskonzept zu haben. Man muss wissen, wo man verkehrstechnisch hin will und muss die ganze Stadt im Blick haben. Natürlich können wir das Verkehrsproblem nicht alleine lösen, sondern müssen mit dem Bezirk und dem Kanton zusammen arbeiten. Wir müssen uns auch Gedanken von grundsätzlicher Art machen, es reicht nicht mehr, den Verkehr einfach zu verlagern, sondern der CO<sub>2</sub>-Ausstoss muss reduziert werden. Auch die Stadt Adliswil kommt nicht an den Klimazielen 2030 vorbei. Den Anwohnern der grossen Einfallsachse stinkt es schon lange, Feinstaub und Lärmbelastung sind weitere Punkte in einer zukünftigen Verkehrsstrategie, die Beachtung finden müssen.

Wie viele Parkplätze müssen wir noch bauen, wie viele brauchen wir unbedingt? Wo braucht es Stromtankstellen, wo Anreize, um Infrastruktur zu schaffen für Immobilität. Vielleicht brauchen wir da neue Lösungsansätze, wie Park and Ride ausserhalb der Stadt. Oder grundsätzlich, wie fördern wir den öffentlichen Verkehr noch mehr, weil der ÖV den Pendlerverkehr massiv entlastet. Er kommt aber

heute schon teilweise an seine Kapazitätsgrenzen. Vielleicht müsste man die alte Idee der Verlängerung des 7ner-Trams wieder aus der Schublade holen. Auch die Idee der Temporeduktion auf der Albisstrasse im Zentrum sollte weiterverfolgt werden. Auch wenn hier der Kanton das Sagen hat, wir sollten uns dafür einsetzen, es ist schliesslich unser Zentrum. Wir würden es auf jeden Fall gut finden, wenn ein Verkehrskonzept für ganz Adliswil erarbeitet würde, am besten eines, bei dem auch der Fussgänger- und Veloverkehr berücksichtigt wird. Also eigentlich ein Mobilitätskonzept, welches die Frage beantwortet, wo wir verkehrstechnisch stehen und wo wir hin wollen.

#### **Ratspräsident Sebastian Huber**

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

**Das Geschäft ist erledigt.**

### **6. Grundstückverzeichnis (GGR-Nr. 2019-143)**

Interpellation von Bernie Corrodi (FW) und Mitunterzeichner vom 6. November 2019

#### **Bernie Corrodi (FW)**

Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für seine geleistete Arbeit, welche durch unsere Interpellation entstanden ist. Diese Übung, habe ich gehört, war auch im internen Bereich hilfreich. Wir Freien Wähler wollten im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Stadthausareal und die "Boden behalten"-Initiative einmal wissen, was Sache ist und was für einen realen Wert Grundstücke und Gebäude darstellen und wollten nicht nur immer Auszüge davon zu sehen bekommen. Wir sind sehr zufrieden mit der Antwort, bringt sie doch endlich Klarheit und eine Übersicht über diese Werte, diese decken sich übrigens mit unseren Einschätzungen. Vor dem Hintergrund der Covid 19-Thematik wäre es meiner Meinung nach Zeit und die Aufgabe, dieses Land möglichst gewinnbringend einzusetzen, halt eben im Baurecht, so wie es das Volk beschlossen hat.

#### **Xhelajdin Etemi (SP)**

Der grösste Teil des städtischen Grundbesitzes besteht aus Waldflächen, nämlich fast 1,4 Mio. Quadratmeter. Innerhalb der Bauzonen besitzt die Stadt nur 14'700 qm unbebaute Fläche, das entspricht ca. 1 Prozent der Waldfläche, nachdem die Stadt seit 2005 mehr als 67'000 qm verkauft hat. 48'000 qm sind im Baurecht abgegeben, das sind 2,5 qm pro Einwohner. Diesen Anteil sollte man sicher noch erhöhen.

#### **Silvia Helbling (FDP)**

Die FDP-EVP-Fraktion dankt den Interpellanten, dass sie dieses Thema aufgegriffen haben. Und wir danken dem Stadtrat für die umfassende und informative Gesamtschau und Auflistung des Liegenschaften- und Immobilienportfolios der Stadt Adliswil.

Eindrücklich ist dabei, wie hoch das Total des Buchwerts aller Grundstücke, die unverbaut sind und im Finanzvermögen ausgewiesen werden, ist. Der entsprechende

Wert beträgt 42,8 Mio. Franken. Hält man sich vor Augen, dass der effektive Marktwert um ein Mehrfaches darüber liegt, wird sofort klar, wie viel Kapital hier gebunden ist. Das entsprechende Kapital kann gleichzeitig nicht anders eingesetzt werden. Es ist zu bedenken, dass mit dem Kapital haushälterisch umgegangen werden muss. Die jüngsten Krisen-Ereignisse zeigen, wie schnell sich die Verhältnisse verändern können. Daher ist es unabdingbar, die Ausgaben aktiv zu steuern. Dazu gehört sicherlich auch ein intelligentes Grundstück-Management, denn sonst besteht die Gefahr, dass man den Haushalt mit einer falschen Immobilienpolitik aus dem Lot bringt.

Wir werden in den kommenden Jahren sehen, wie der Wert der Grundstücke im Finanzvermögen durch die wirtschaftliche Krise schwindet und somit sich die Kapitalbasis der Stadt Adliswil verkleinert. Wie auch immer: Diese Werte sind Volksvermögen und wir haben die Pflicht, sie so optimal wie möglich zu bewirtschaften. Alles andere ist Verschwendung von Volksvermögen.

Daher ist diese Transparenz des Grundstückportfolios der Stadt Adliswil zu begrüssen und auch wertvoll, um die zukünftigen Entscheide fundiert treffen zu können.

### **Marianne Oswald (GP)**

Vielen Dank für diese interessante Interpellation. Sie ist sehr umfassend und sollte eine Übersicht schaffen über die Immobilien und das Land, welches Adliswil besitzt. Bebaut, unbebaut, in der Bauzone oder nicht, im Finanz- und im Verwaltungsvermögen.

Wobei es effektiv nicht ganz einfach ist, den Überblick wirklich zu behalten. Denn sind in Anhang 1.4 die Grundstücke mit Gebiet bzw. Adresse bezeichnet, sind sie in anderen Tabellen nur mit Katasternummer und Zonenbezeichnung beschrieben.

Das erschwert die Lesbarkeit und Vergleichbarkeit. Und wenn dann einmal "Chalberweid" und einmal "Kalberweid" steht, ist die Verwirrung perfekt. Man muss aufpassen, dass man am Schluss nicht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Leicht ersichtlich ist aber zum Beispiel, dass Adliswil nur noch neun unverbauten Parzellen in der Bauzone besitzt. Davon bilden alleine vier Parzellen das Stadthausareal, drei sind im Dietlimoos, und noch je eine Parzelle befindet sich an der Grütstrasse und im Sood. In der Tabelle 1,4 Finanzvermögen/Buchwert sieht man, wie das aufgeteilt ist. Bei "Grundstücke im Finanzvermögen" hat es fast für 12 Mio. Franken Gebäude aufgeführt und fast 9 Mio. Franken sind Grundstücke, welche bereits im Baurecht abgegeben sind. Grundstücke im Finanzvermögen, welche zu keinem der Beiden gehören sind mit 21,8 Mio. Franken aufgeführt, das sind vor allem die Grundstücke Stadthausareal und Dietlimoos-Moos.

Im Plan zu Frage 3.1. ist leider nicht ersichtlich, welche bebauten Parzellen im Verwaltungs- und welche im Finanzvermögen bilanziert sind. Das muss man sich anhand der Tabelle zusammensuchen, was es wiederum erschwert, den Überblick zu behalten. Eine farbliche Markierung wäre hier sicher wünschenswert gewesen.

Fazit: es ist eine interessante Zusammenstellung, leider etwas unübersichtlich mit den verschiedenen Tabellen mit unterschiedlichen Parametern, aber ich denke, sie wird uns in Zukunft sehr hilfreich sein.

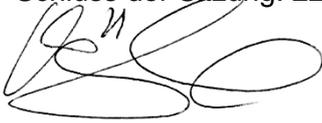
### **Ratspräsident Sebastian Huber**

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Die Sitzung ist geschlossen.**

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a final flourish, positioned above the name of the signatory.

Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin